

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrunn, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 50 Pfg.  
Verzinsungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Das Ende der Tarifbewegung in Sicht.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie geht ihrem Ende entgegen. Der schwierigste Teil der Arbeit ist vollbracht. Am Sonntagabend, den 13. März, haben die Verbandsvorstände ihre Beratungen beendet, die vom 14. Februar ab fast ununterbrochen abgedauert hatten. Mit Ausnahme von München und Rosen, wo die Parteien keine Vertreter nach Berlin gesandt haben, sondern die Verhandlungen am Ort führen, ist nunmehr für alle Städte, die bei der Bewegung in Betracht kommen, eine Verständigung erzielt. Für einen Teil der Städte erfolgte die Einigung bei den in Berlin geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Ortsparteien. Für eine Reihe weiterer Städte, die auf diesem Wege nicht zu einem Resultat gelangen konnten, verständigten sich die beiderseitigen Verbandsvorstände über die den Parteien zu unterbreitenden Einigungsbedingungen.

Es blieben aber trotzdem noch eine Anzahl Städte übrig, für welche, trotz aller angewandten Bemühungen, noch kein Ergebnis zu erzielen war. Um diese, besonders schwere Aufgabe zu erfüllen, war verabredet worden, daß die Verbandsvorstände aus der Reihe der Personen, die schon bei den Beratungen der Städtevertreter mitgewirkt hatten, je drei Vertrauensmänner zuziehen sollten. Als solche Vertrauensmänner fungierten bei den Beratungen, die am 12. und 13. März gepflogen wurden, von Seiten des Schutzverbandes die Herren Brasch, Bremen, Pniest, Kassel und Schulte, Kiel. Von unserem Verband waren die Kollegen Neumann, Hamburg, Veride, Leipzig und Lauter, Dresden berufen worden. Wiederholt schien es, als ob diese Verhandlungen scheitern sollten, aber schließlich gelang es doch, unter der ansehnlichen Mitwirkung der genannten Vertrauensmänner, für alle zur Beratung stehenden Städte ein Uebereinkommen zustande zu bringen.

Inzwischen haben sich die Vertragsparteien an den einzelnen Orten zu den Vereinbarungen geäußert, die als zwischen den Vertretern der Parteien direkt getroffen waren, teils ihnen von den Vorständen zur Annahme empfohlen waren. Gegen Schluß der verfloffenen Woche haben in allen Städten, in welchen bis dahin eine Verständigung zwischen den Beauftragten erfolgt war, zu diesem Zweck Versammlungen der Mitglieder des Schutzverbandes und unseres Verbandes stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Versammlungen liegen noch nicht vollständig vor; es läßt sich deshalb auch noch kein übersichtliches Bild von der Aufnahme geben, welche die neuen Vertragsbestimmungen in den einzelnen Städten gefunden haben, zumal in den Orten, für die zuletzt, unter der Mitwirkung der Vertrauensmänner eine Regelung erzielt wurde, eine Abstimmung noch nicht stattgefunden hat. In Redaktionschluss lagen Zustimmungserklärungen teils unserer Kollegen vor aus folgenden Städten: Berlin, Düsseldorf, Warmen, Verburg, Kiel, Köln, Pletlin, Queblinburg, Erfurt, Leipzig, Oldenburg, Spangenberg, Burg, Zeitz, Görlitz, Brandenburg, Danzig und Göttingen. Soweit uns bekannt wurde, haben die Arbeiter über die Vereinbarungen angenommen in: Köln, Oldenburg, Warmen, Zeitz, Lüneburg, Görlitz, Adsburg, Weuthen, Stargard, Göttingen, Greifswald, Düsseldorf, Burg und Spandau. Diese Liste kann natürlich auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Wir werden jedoch in der nächsten Nummer eine vollständige Stellung geben zu können und werden dann auch in der Lage sein, eine Uebersicht über die von den Arbeitern gemachten Zugeständnisse für die nächste Vertragsperiode zu veröffentlichen.

Der augenblickliche Stand der Dinge berechtigt zu der Hoffnung, daß die große Tarifbewegung dieses Jahres bald einen befriedigenden Abschluß findet. Alle Elemente des Anstoßes sind allerdings noch nicht aus dem Wege geräumt. Die nun abgeschlossene Verständigung bezog sich für eine größere Zahl von Städten nur auf die wichtigsten allgemeinen Vertragsbestimmungen. Die Verständigung über Einzelheiten, wie Akkordtarife, mußte der direkten Beratung der Ortsparteien überlassen bleiben. Diese Beratungen werden sich in manchen Orten noch einige Zeit hinziehen; doch wäre das kein Grund, den Abschluß des eigentlichen Vertrages zu verzögern. In manchen Städten dürfte von der einen oder anderen Seite der Vereinbarung die Zustimmung verweigert werden. Voraussichtlich werden das nur vereinzelte Nachnahmen sein, doch würde dadurch die endgültige Erregung der Bewegung weiter hinausgeschoben werden.

Ob der Solidaritätsverpflichtung der Arbeitgeber, das heißt ihrem Beschluß, daß die Verträge nur dann als vollzogen gelten, wenn ihnen die Unternehmer in allen Städten zugestimmt haben, eine besondere Bedeutung beizumessen ist, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Arbeitgeber noch im letzten Augenblick einen Kampf auf der ganzen Linie heraufbeschwören und das Ergebnis einer langwierigen und schweren Arbeit über den Haufen werfen, um einigen widerhaarigen Mitgliedern des Schutzverbandes einen Gefallen zu erweisen. Gänzlich ausgeschlossen ist dieser Fall allerdings nicht. Wir wollen deshalb den Tag nicht vor dem Abend loben und uns in diesem Stadium der Tarifbewegung jeden Kommentars über das bisher Erreichte enthalten. Dazu wird sich Gelegenheit bieten, wenn das Werk vollständig abgeschlossen ist, was ja voraussichtlich recht bald der Fall sein wird.

## Klassenbeiträge oder Einheitsbeiträge?

Mit dem Augenblick, in welchem unser Verband begann, den Beitrag über das allerbescheidenste Maß zu erhöhen, machte sich der Wunsch nach Einführung von Staffelleistungen bemerklich. Seit dem Jahre 1900 lagen den Verbandsstagen regelmäßig dahingehende Anträge vor, die jedoch meist mangels genügender Unterstützung nicht zur Beratung gelangten. Erst auf dem letzten Verbandstag in Stettin 1908 wurden die auf Einführung von Staffelleistungen gerichteten Anträge einer näheren Prüfung unterzogen, die aber zu dem Resultat führte, daß sie sämtlich abgelehnt wurden. Dagegen wurde der Verbandsvorstand beauftragt, die Möglichkeit der Einführung von Staffelleistungen zu prüfen, Material auch aus anderen Gewerkschaften zu sammeln und dem nächsten Verbandstag vorzulegen.

Dieser Aufgabe ist der Vorstand nachgekommen. Er hat eine Denkschrift herausgegeben, die alles in Betracht kommenden Material enthält, und sie den Kollegen in einer Broschüre mit dem Titel: „Klassenbeiträge oder Einheitsbeiträge?“ jetzt schon zur Verfügung gestellt. Der Verbandsvorstand stellt sich in seiner Denkschrift auf den Standpunkt, daß die Einführung von Staffelleistungen im Deutschen Holzarbeiterverband unmöglich ist; die Broschüre ist also, wie es auch gar nicht anders zu erwarten war, eine ausführliche Begründung der von unserer Verbandsleitung von jeher behandelten Auffassung.

Wer sich die Mühe nimmt, das vorliegende Material vorurteilsfrei nachzuprüfen, wird zu dem Resultat kommen, daß ein anderer Schluß aus ihm nicht gezogen werden kann. So einleuchtend es auf den ersten Blick erscheint, die Beiträge für die Organisation nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen abzustufen, so schwierig wird das Problem, wenn man daran geht, den an sich so sympathischen Gedanken in ein bestimmtes System zu bringen. In unserem Holzarbeiterverband sind Angehörige sehr verschiedenartig entlohnter Berufe vertreten. Nach der im Jahre 1906 aufgenommenen Statistik beträgt der Durchschnittslohn der Parkettleger 28,76 M., während die Spielwarenarbeiter nur durchschnittlich 16,79 M. verdienen. Zwischen dem Durchschnittsverdienst der höchst- und niedrigstentlohten Branchen besteht also eine sehr erhebliche Differenz. Diese ist aber noch größer, wenn man die Entlohnung der Angehörigen derselben Branche in verschiedenen Orten vergleicht. So wurde bei den Tischlern der höchste Durchschnittslohn mit 86,97 M. in Schönberg erzielt, während bei Tischlern in der Tischler in Ziegenhals nur 18 M. betrug. Weit erheblicher sind die Unterschiede in anderen Branchen; so beträgt zum Beispiel der Durchschnittslohn der Ristenmacher in Oberschönebrunn 86,56 M., in Greifswald aber nur 11,56 M. Die Parkettleger verdienen in München 50 M., in Bruch 18,52 M. usw.

Diese Beispiele lassen erkennen, wie schwer es ist, Merkmale zu finden, die für die Zuweisung der Mitglieder in die einzelnen Beitragsklassen maßgebend wären. Wollte man die Höhe des Beitrags von der Berufszugehörigkeit abhängig machen, dann würde damit nur erreicht, daß ein Uebel durch ein größeres ersetzt würde. So berechtigt es wäre, der besser bezahlten Branche der Tischler einen höheren Beitrag aufzuerlegen als etwa den Spielwarenarbeitern, so ungerecht wäre es, den schlecht bezahlten Tischlern in Ziegenhals einen erhöhten Beitrag abzuverlangen, weil in anderen Städten der Lohn der Tischler verhältnismäßig hoch ist. Die Lohnhöhe der in der gleichen Branche beschäftigten Kollegen ist eben an den verschiedenen Orten so unterschiedlich, daß es nicht an-

geht, Klassenbeiträge einzuführen, bei welchen die Berufszugehörigkeit das entscheidende Merkmal ist.

Nicht besser aber wäre es, wollte man bestimmen, daß die Staffellung ortsweise erfolgt, so daß die Kollegen an einem Ort, gleichviel welcher Branche sie angehören, den gleichen Beitrag zahlen. Schon die Einteilung der Städte würde große Schwierigkeiten bereiten. Eine rein mechanische Einteilung nach der Einwohnerzahl ist ausgeschlossen. Es gibt Großstädte mit sehr schlechten Lohnverhältnissen, während in anderen Gegenden sogar in den kleinen Städten und auf dem Lande vergleichsweise gute Löhne gezahlt werden. Man müßte also, wollte man die Beitragsstaffellung nach Städten vornehmen, für jede einzelne Zahlstelle prüfen, welcher Beitragsklasse die dort beschäftigten Kollegen zuzuweisen sind. Das wäre eine recht unumständliche, wenn auch nicht undurchführbare Arbeit. Aber die Sache hat doch einen Haken. In den meisten Städten setzt sich unsere Zahlstelle aus Angehörigen verschiedener Branchen zusammen, deren Löhne oft große Unterschiede aufweisen. Und auch in den einzelnen Branchen ist die Spannung zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Lohn häufig sehr beträchtlich. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es doch der Zweck der Beitragsstaffellung sein soll, den Unterschied in der Lohnhöhe bei der Beitragsleistung zu berücksichtigen, dann wird man zugeben müssen, daß dieses Ziel weder auf dem Wege der Staffellung nach Branchen noch auf dem nach Städten erreicht werden kann.

Man haben tatsächlich eine ganze Reihe von Verbänden Staffelleistungen eingeführt; im Jahre 1908 waren es 27 der Generalkommission angeschlossene Organisationen. Bemerkenswert ist aber, daß 22 von diesen Verbänden weniger als 50 000 Mitglieder hatten. Dieses Moment ist nicht unwesentlich, denn was in einer kleinen Organisation mit verhältnismäßig leichter Mühe durchführbar ist, dem stellen sich in der großen Organisation oft unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. So wird zum Beispiel im Porzellanarbeiterverband am Jahresluß vor den Ortsverwaltungen auf Grund der Lohnbücher usw. der tatsächlich erzielte Verdienst jedes einzelnen Mitgliedes ermittelt, welches hiernach für das folgende Jahr in eine der vier Beitragsklassen eingeordnet wird. Daß ein solches Verfahren in einem großen Verband nicht anwendbar ist, ist ohne weiteres einleuchtend. Von den größeren Verbänden mit Staffelleistungen sind zunächst die der Maurer und Zimmerer zu nennen, die nur Arbeiter eines Berufes umfassen. Da die Baugewerbe durch Beiträge für größere Gewerbe nahezu einheitlich Stundenlöhne festgelegt haben, macht es sich ziemlich leicht, den Beitrag staffelweise dem Stundenlohn anzupassen.

Einige Verbände haben die Schwierigkeiten, die sich bei gerechter Verteilung der Mitglieder auf die Beitragsklassen entgegenstellen, dadurch zu umgehen versucht, daß sie es dem einzelnen Mitglied überlassen, sich selbst einzuschätzen. Natürlich muß dann den Mitgliedern, die einen höheren Beitrag leisten, eine entsprechend höhere Unterstützung in Aussicht gestellt werden. Hierbei zeigt es sich nun, daß die an diese Einrichtung geknüpften Erwartungen nicht erfüllt wurden. Im Textilarbeiterverband haben im Jahre 1907 nur 18 Prozent der Mitglieder in die beiden höheren Klassen gesteuert. Es ist inzwischen damit etwas besser geworden, aber auch im Jahre 1909 waren es nur 19 Prozent, und auf dem letzten Verbandstag mußte der Kassierer zugestehen, daß der Zubrang zu den höheren Beitragsklassen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Für den Schuhmacherverband zeitigten die Staffelleistungen mit Selbsteinschätzung der Mitglieder ein ganz eigenartiges Ergebnis. Auf Grund der Abrechnungen des Schuhmacherverbandes hat unser Verbandsvorstand in seiner Denkschrift berechnet, daß die oberste Klasse das Anderthalbfache der Beiträge der niederen Klasse aufbringt, sie erhebt aber das Dreifache an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Statt also dem Verband eine höhere Einnahme zuzuführen, beziehen die besser situierten Mitglieder Unterstützungen auf Kosten ihrer schlechter gestellten Kollegen!

In unserem Verband ist die Frage der Staffelleistungen nur deshalb in den Kreis der Erörterungen gezogen worden, weil man einsieht, daß eine Beitragserrhöhung nicht mehr zu umgehen ist. Man möchte aber die schlechtbezahlten Kollegen von dieser Maßnahme möglichst ausnehmen. Wenn, wie nachgewiesen, eine Staffellung nach Städten ebenso unmöglich ist, wie nach Berufen, dann bliebe nur die Möglichkeit der Selbsteinschätzung der Mitglieder. Nach den Erfahrungen der Textilarbeiter- und der Schuhmacher ist aber dieser Weg nicht sehr vertrauenswürdig. Man könnte bei der Staffellung der

Unterstützungen es schließlich vermeiden, daß die Angehörigen der höheren Klassen Unterstützungen auf Kosten der Kollegen in den unteren Klassen beziehen, ob aber dann noch ein besonderer Anreiz für die Mitglieder vorhanden sein wird, der höheren Klasse beizutreten, ist zum mindesten zweifelhaft.

Mit der dem einzelnen Mitglied überlassenen Wahl der Beitragsklasse wäre noch eine, nicht zu unterschätzende Schwierigkeit verbunden, nämlich das ungeheure Anwachsen der Verwaltungsarbeiten in den Zahlstellen. Schon jetzt haben die Kassierer, besonders diejenigen, die diesen Posten ehrenamtlich bekleiden, eine große Arbeitslast. Würden nun verschiedene Beitragsklassen eingeführt, dann hätten sie nicht nur mit entsprechend verschiedenen Marken zu rechnen. Die Unterstützungen, die jetzt schon nach der Mitgliedschaftsbauer gestaffelt sind, würden daneben noch nach der Beitragsklasse abgestuft werden müssen, und die Folge wäre, daß die ohnehin schon große Zahl von besoldeten Verwaltungsbeamten eine weitere erhebliche Steigerung erfahren müßte. In den kleineren Orten, wo die Freistellung eines Kollegen nicht in Betracht kommt, dürfte es oft noch mehr Schwierigkeiten machen als jetzt schon, den geeigneten Mann zu finden, der die Geschäfte in zufriedenstellender Weise erledigen kann.

Schließlich ist es nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß durch den Ausbau des Systems der Lokalbeiträge auch in unserem Verband schon Staffelleistungen vorhanden sind. Bei diesen Lokalbeiträgen lassen sich die verschiedenen Verhältnisse am leichtesten berücksichtigen. Dieses System läßt sich noch weiter ausbauen, insbesondere auch nach der Richtung, daß die Gegenleistungen für die Lokalbeiträge besser geregelt werden, als das jetzt in manchen Orten der Fall ist. Die Lokalbeiträge haben sich in unserem Verband so eingebürgert, daß man sagen kann, daß diese Art, das Einkommen der Mitglieder bei der Beitragsleistung zu berücksichtigen, die für unsere Organisation am besten geeignete ist. Stellt man sich auf dem Standpunkt daß die großen Zahlstellen mit überwiegend besser situierten Mitgliedern mehr an die Verbandskasse leisten können, als den allgemein festgesetzten Grundbeitrag, so ist auch das ein Gedanke, dem eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren ist. Aber auf Basis der Staffelleistungen mit erhöhten Gegenleistungen läßt er sich nicht durchführen, und ein Zwang ist nach der Richtung nicht angebracht. Es ist denkbar, daß der Gedanke in den in Betracht kommenden Zahlstellen erwogen wird und daß die Kollegen in den betreffenden Orten aus innerem Pflichtbewußtsein zu dem Entschluß kommen, regelmäßig einen bestimmten Anteil des Lokalbeitrages der Hauptkasse abzuführen.

Man darf aber nicht verkennen, daß eine gründliche Stärkung der Verbandskasse das Ziel ist, welches wir verfolgen müssen. Hierzu ist jedes Mittel recht, welches Erfolg verspricht und die berechtigten Interessen der Kollegen nicht verletzt. Staffelleistungen sind hierzu nicht geeignet, da sie technisch unbrauchbar sind und weil der Nachteil, der mit ihnen verbunden wäre, ihren Vorteil überwiegen würde. Die Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage muß daher lauten: Nicht Klassenbeiträge, sondern Erhöhung des Einheitsbeitrages!

### Wirtschaftliche Rundschau.

Der Ausblick in die nächste Zukunft der Konjunktur im Holzgewerbe ist gegenwärtig infolge der noch andauernden Ungewißheit über den Ausgang der Tarifverhandlungen im eigenen Gewerbe, mehr aber noch im Baugewerbe ziemlich getrübt. Denn daß der Grad der Bautätigkeit den Geschäftsgang im Holzgewerbe stark beeinflusst, das ist bei der großen Bedeutung der Bautätigkeit für das gesamte Holzgewerbe erklärlich. Im allgemeinen stehen wir ja wieder am Beginne einer neuen Aufschwungsperiode, von der auch das Holzgewerbe in fast allen Zweigen gewinnen wird, aber wann und wie stark die Belebung einsetzen wird, das wird doch eben von dem Ausgang der Tarifverhandlungen mehr oder weniger abhängen. An der Börse hat das im Holzgewerbe verbundene Unternehmungskapital eine merkwürdige Entwertung erfahren, aus der allerdings keine allzuweitgehenden Schlüsse gezogen werden dürfen. Einmal arbeitet das Kapital, soweit es im Holzgewerbe angelegt ist, nur wenig in Aktien-gesellschaften, sodann aber war die allgemeine Börsentendenz in letzter Zeit dem Industriekapitalmarkt nicht sonderlich günstig. Immerhin geht aber doch aus der Kursbewegung der wenigen Gesellschaften hervor, daß man die Aussichten der Holzindustrie an der Börse noch keineswegs besonders günstig ansieht. Sobald erst größere Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im laufenden Jahre als ausgeschlossen gelten dürfen, vornehmlich im Baugewerbe, wird sich das Bild sofort in freundlichem Sinne verändern. Man sieht hier den starken Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf den gesamten wirtschaftlichen Prozeß, der mit der Konsolidierung der Gewerkschaften noch bedeutend an Intensität zunehmen wird.

Die Lage des Arbeitsmarktes, wie sie sich gegenwärtig stellt, wird einigermaßen durch den Andrang am Arbeitsmarkt während des Monats Januar charakterisiert. Leider liegen für den Februar noch keine Angaben vor. Für den Januar aber ergibt sich immerhin eine recht erhebliche Erleichterung gegenüber dem Vorjahr. Für alle dem Holzgewerbe zugehörigen Berufe stellt sich der Andrange Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen nach den

Verichten der öffentlichen Arbeitsnachweise auf 812,2, während die korrespondierende Differenz im Vorjahr noch 699,8 betragen hatte. Das ist eine erhebliche Erleichterung, wenn auch die absolute Höhe des Andrangs noch immer reichlich über normal ist. Im Januar 1908 war der Andrang 820,7. Im Dezember war die Erleichterung noch lange nicht soweit vorgeschritten wie im Januar. Es ist nun aber interessant, zu verfolgen, wie stark der Andrang in den einzelnen Berufen von dem gesamten Durchschnitt abweicht. Es betrug nämlich der Andrang für die nachstehenden Berufe:

	1909	1910	Abnahme gegen 1909
Tischler . . . . .	620,4	808,1	812,8
Drechsler . . . . .	672,1	282,6	880,5
Wältcher . . . . .	442,9	844,9	98,0
Wälstler, Korbmacher usw.	425,2	271,7	168,5

Wenn auch durchweg eine Erleichterung bemerkbar ist, so ist sie doch dem Grade nach in den einzelnen Berufen recht verschieden. Am geringsten ist sie bei den Wältchern, am erheblichsten bei den Drechslern.

Auf dem Holzmarkt macht sich in letzter Zeit eine stärkere Nachfrage bemerkbar, die schon seit dem Herbst vorigen Jahres zu beobachten ist. Es ist anzunehmen, daß diese Nachfrage in erster Linie von dem Holzhandel ausgeht; die eigentliche Warenherstellung ist, nach vereinzelt beobachtungen zu schließen, noch einigermaßen zurückhaltend. Daß aber die Gesamtversorgung sich im allgemeinen wieder in steigender Richtung bewegt, dafür liegen die Einfuhrziffern von Holz einen einigermaßen zutreffenden Anhalt. Im Jahre 1907 führten wir 72,12 Millionen Doppelzentner Holz im Werte von 828,64 Millionen Mark ein, wobei die Ausfuhr aus Deutschland in Abzug gebracht ist. Das Jahr 1908 brachte dann einen ziemlich kräftigen Rückgang auf 65,13 Millionen Doppelzentner, die einen Wert von 276,56 Millionen Mark repräsentieren. Im Laufe des Jahres 1909 trat eine leichte Erholung ein, die sich vom Herbst ab verstärkte, so daß fürs ganze Jahr etwas über 2 Millionen Doppelzentner wieder mehr eingeführt wurden als 1908. Genau stellte sich nämlich die Einfuhr abzüglich der Ausfuhr auf 67,18 Millionen Doppelzentner im Werte von 280,74 Millionen Mark. Leider läßt sich die Versorgung mit inländischem Holz nicht entsprechend von Jahr zu Jahr verfolgen, aber es ist anzunehmen, daß diese Bewegung den Schwankungen der Einfuhr parallel verläuft. Die Versorgung aus dem Inlande ist sehr erheblich. Man kann schätzungsweise auf Grund der periodischen Forststatistik annehmen, daß die heimische Versorgung eine Höhe von circa 228 Millionen Doppelzentner repräsentiert, wovon auf Bau- und Nutzholz 120, auf Brennholz 108 Millionen Doppelzentner entfallen. Wir kämen damit auf eine Gesamtversorgung von rund 800 Millionen Doppelzentnern, die einen Wert von annähernd 1,25 Milliarden Mark repräsentieren. Es mag noch der Spezialisierung halber die Versorgung durch das Ausland mit Stammholz zu Bau- und Nutzwecken ihrem Werte nach während der letzten drei Jahre angegeben werden. Es stellte sich der Wert der Versorgung mit Stämmen durch den Außenhandel in Millionen Mark:

	1907	1908	1909
Radelholz . . . . .	228,96	188,90	108,08
Eichenholz . . . . .	19,01	15,01	13,18
Weißes Laubholz . . . . .	7,84	9,83	11,91
Nußbaum und Buche . . . . .	11,91	10,49	11,21
Bieberholz . . . . .	5,88	6,23	5,70
Anderer Erden . . . . .	5,58	5,72	5,20
Grubenholz . . . . .	8,88	8,52	7,92
Unbestimmte Holzart . . . . .	0,18	0,18	0,15

Nicht berücksichtigt ist hierbei die Einfuhr von Farbholzblöcken, Eisenbahnschwellen, Koffholz und Holz zu Holzstoffen, die zusammen nach Abzug der Ausfuhr sich auf 34,14 Millionen Mark im Jahre 1909 stellten. Auch wäre noch die Ausfuhr von Telegraphenstangen im Werte von 1,65 Millionen Mark bei der Berechnung der Holzversorgung aus dem Auslande in Abzug zu bringen. Die Besserung in den Zufuhren, die in der zweiten Hälfte 1909 eingeleitet hat, hält vorläufig auch im Jahre 1910 noch unvermindert an.

### Die Schuld der Arbeiter an den Betriebsunfällen in der Holzindustrie.

Auch in diesem Jahre macht sich in den Berichten der Berufsvereinigungen über Unfallverhütung das Bestreben sehr bemerkbar, die Schuld an der gar zu großen Zahl von Betriebsunfällen in der Holzindustrie möglichst von den Betriebsleitern abzumägen und den Arbeitern zuzuschreiben. So heißt es zum Beispiel in dem Bericht der Sächsischen Holz-Berufsvereinigungen: Wiederum haben die gefährlichsten Maschinen am häufigsten Anlaß zu Verwundungen gegeben. Der technische Aufsichtsbeamte weist die Unternehmer ausdrücklich darauf hin, daß sie für diese Maschinen nicht nur sämtliche Schutzvorrichtungen anschaffen und im besten Zustand erhalten, sondern auch auf deren ordnungsmäßige Benutzung seitens der Beschäftigten besonders zu achten haben. Aber noch weit häufiger, als den Unternehmern Aufgaben zu machen gewesen sind, haben nach den Beobachtungen der technischen Aufsichtsbeamten Verstöße der Beschäftigten gerade bei der Bedienung der gefährlichsten Maschinen stattgefunden. Die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen sind vorhanden gewesen, aber nicht ordnungsgemäß oder meistens überhaupt nicht benutzt worden.

Ähnliche Ausführungen finden wir auch in den anderen Berichten. Anführen wollen wir nur noch eine Stelle aus dem Bericht der Bayerischen Holzindustrie-Berufsvereinigungen. Denn hier wird ein bezeichnendes Beispiel mitgeteilt, das zeigen soll, wie sehr der Arbeiter geneigt ist, einer kleinen Mehrarbeit aus dem Wege zu gehen. Es handelt sich um das Verhalten der Arbeiter bei den Stahlerstellern an kombinierten Abrieht- und Dickenhobelmaschinen: „Während in einzelnen Betrieben der Meister einfach dazu zwang, die Späne, welche die runden Wellen mehr liegen lassen als die alten Vierkantwellen, zeitweilig mit Strüde zu entfernen, wodurch die Maschine flott arbeitet, haben bei ganz gleich konstruierten Maschinen die Arbeiter die Befestigung der runden Wellen durchzusetzen gemocht.“ Dieses Beispiel beweist aber das Gegenteil von dem, was die Berufsvereinigungen beweisen will. Denn in beiden Fällen war doch entscheidend der Betriebsleiter und nicht der Arbeiter. Wenn im zweiten Falle der Betriebsleiter den Arbeitern die nötige Zeit zur Entfernung der Späne — selbstverständlich auf Kosten des Unternehmers — gegeben hätte, hätte auch er nicht die runden Wellen zu befestigen gebraucht.

Auch die Norddeutsche Holz-Berufsvereinigungen beschränken sich darüber, daß viele Arbeiter die doch nur in ihrem Interesse vorgeschriebenen und angeordneten Schutzvorrichtungen als lästig empfinden und trotz steter Mahnung entfernen bezw. die gelegentlich einer Reparatur abgenommenen Sicherheitsvorrichtungen nicht wieder anbringen. . . . . Dann schreibt jedoch der Berichtsersteller weiter: „Daß diese Ungehörigkeiten aber auch dem Betriebsunternehmer bezw. Betriebsleiter oftmals bekannt sind, kann der Revisor beobachten, wenn er plötzlich die Werkstatt betritt. Durch Augenwinkern und Zeichen werden die Arbeiter häufig auf die Anbringung der betreffenden Schutzvorrichtung aufmerksam gemacht.“

Endlich eine Stichprobe, wie es in Wahrheit mit den wichtigsten Schutzvorrichtungen bestellt ist. Nach dem Bericht der Bayerischen Holzindustrie-Berufsvereinigungen mußten 57 Proz. der Kreislagen beanstandet werden, weil sie keine obere Schutthaube, keinen Spaltkeil oder keine Verkleidung unter dem Tische hatten. Die in den meisten Fällen, besonders bei Tischkreislagen, von den Fabriken mitgelieferten Spaltkeile sind direkt unbrauchbar und nur dazu geeignet, das Vorurteil der Arbeiter, der Spaltkeil hindere an der Arbeit, zu verstärken.

Dazu kommen noch vielfach mehrere andere Missetände, auf die bereits oft hingewiesen worden ist, die aber einfach übersehen werden, wenn die Arbeiter allein oder in erster Linie für die große Zahl der Betriebsunfälle verantwortlich gemacht werden. Von diesen Missetänden wollen wir jetzt besonders hervorheben. Zunächst die Verwendung uneingearbeiteter Arbeiter bei gefährlichen Arbeiten. Bezeichnend ist, was die Süddeutsche Holz-Berufsvereinigungen darüber berichtet: Auch im Berichtsjahre mußte wieder öfters wahrgenommen werden, daß immer noch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Kreislagen, Fräsen und Abriehtmaschinen vorkommt, leider, wie die angemeldeten Unfälle zeigen, trotz aller Warnungen und Bestrafungen — weniger in größeren Betrieben mit genügend geschultem Personal als in kleinen Betrieben. Ungünstigen Einfluß hierbei üben die immer mehr sich ausbreitenden Einrichtungen elektrischer Kraft, zumal bei dem Arbeitermangel auf dem Lande, und ferner, weil, den Anforderungen der Neuzeit entsprechend, zum Maschinenbetrieb viele Kleinmeister übergehen, die oft nur einen Arbeiter oder mehrere Lehrlinge beschäftigen und ihre Maschinen kaum während der Hälfte der Arbeitszeit laufen lassen können. In solchen Betrieben werden die Lehrlinge sowohl vom Meister als auch von den Gesellen zur Beihilfe an den Maschinen herangezogen; oft wurde ihnen aber auch direkt noch kurzer Anweisung die Maschinenarbeit übertragen. In diesem Verfahren lassen sich die Meister nicht gerne hineinreden. Sie halten sich berechtigt, die Lehrlinge unter 17 Jahren auch an den Maschinen anzulernen, obwohl es verboten ist. Erst wenn die jungen Leute die Finger verloren haben und die Berufsvereinigungen strafend eingewirkt hat, sorgen die Meister dafür, daß die Lehrlinge nicht mehr mit den Maschinen in Berührung kommen. — Ferner aus dem Bericht der Bayerischen Holzindustrie-Berufsvereinigungen: Auch im Berichtsjahre wurden öfters jugendliche und weibliche Arbeiter an gefährlichen Maschinen angetroffen. Bei ersteren will in der Regel der Unternehmer das Anlernen überwachen, was jedoch tatsächlich fast nie geschieht. Geradezu unglaublich klingt es aber, daß nach demselben Bericht die Verwendung eines einarmigen Sägers, der ganz allein die Stämme transportierte, beanstandet werden mußte.

Der zweite, besonders zu erwähnende Missetand ist der, daß die Arbeiter über die Gefahren ihrer Arbeiten und die Maßnahmen zur Vermeidung von Unfällen gar nicht oder nicht genügend aufgeklärt werden. Wir sind leider noch sehr weit davon entfernt, daß die Betriebsleiter die Notwendigkeit einer solchen gründlichen und planmäßigen Aufklärung erkennen. Einen kleinen Schritt zu diesem Zwecke hat das Bayerische Arbeitermuseum gemacht. Die im Museum erprobten Schutzvorrichtungen, besonders an Fräsen, sollen weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Dazu wird der Maschinist des Museums in Betrieben, die sich hierfür zur Verfügung stellen, praktische Vorführungen abhalten. Die Bayerische Holzindustrie-Berufsvereinigungen laden die daran interessierten Personen zu den Veranstaltungen ein.

Das Ergebnis unserer Untersuchung bestätigt die bisherige Erfahrung, daß die Schuld an der gar zu großen

### Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

**Zugug ist fernzuhalten von:**

- Eisblöcken, Maschinisten und Hilfarbeitern nach Georgsvalde in Böhmen, Gennigsdorf, Böhmen (Planofabrik Förster), Minden i. Westf. (H. Schmidt), Neustadt a. Orla (Zittelbach), Oberneubrunn i. Thür., Dehnhausen, Alchly u. Steinmeher), Sommerfeld, Bussenhausen (Wöh), Sorgen-Glarus und Montreux (Firma Albert Feld) in der Schweiz.

- Korkmachern nach Nádny bei Grosse a. d. Oder (Stralauer Glashütte), Stettin (Lunberg), Droschtern nach Stargard i. Pommern (Mehrholtz), Klaviermachern nach Georgsvalde in Böhmen und Böbau (Förster), Ulrich (Mehrdorf u. Co.), Mühlenbauern und Tischlern nach Gassen in der Laußh (Gittow u. Cie.)
- Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin-Gharlottenburg (Röhe, Leußner, Mühlstein), Eisenach (Hüniger vorm. Walzer), München Automobilfabrik (Beißbarth).

Zahl der Unfälle nicht nur die Arbeiter, sondern auch ganz besonders die Betriebsleiter trifft. Daher haben hier die Gewerkschaften noch wichtige Aufgaben im Interesse der Arbeiter zu erfüllen. Sie haben ihre Mitglieder so weit aufzuklären, daß sie selbst gewissenhaft auf die Unfallverhütungsvorschriften achten. Und je mehr die Gewerkschaften erfahren, desto mehr werden sie auch die Betriebsleiter zu der nötigen Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter zwingen.

### Soziales.

**Aus dem Reichstag.**

Der Reichstag hat sich am 2. März in der Person des konservativen Grafen Schwerin-Winsk einen neuen Präsidenten gegeben. Dann wurde in der zweiten Lesung des Etats des Reichsanwalts des Innern fortgesetzt und, nachdem sich die „Freunde“ vom Bauernbund und vom Bund der Landwirte noch gegenseitig ein wenig die Meinung gefogt hatten, das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt. Von der Menge der sozialpolitischen Resolutionen, die zu dem Titel eingebracht waren, wurden eine ganze Anzahl angenommen. Man darf jedoch die Bedeutung der angenommenen Resolutionen nicht überschätzen. Es liegt ganz in der Hand der Regierung, ob sie den in den Beschlüssen zum Ausdruck kommenden Wünschen des Reichstages Rechnung tragen will, und gerade in sozialpolitischen Fragen stellt sie sich oft recht hartnäckig.

Bei der Weiterberatung des Etats wurden insbesondere von sozialdemokratischen Abgeordneten die Spezialwünsche einzelner Arbeiterkategorien zur Sprache gebracht. Nachdem schon vorher Genosse Horn Gelegenheit gefunden hatte, die Märchen, die der Reichsverbandsgeneral von Liebert über die Lage der Glasarbeiter erzählt hatte, richtigzustellen, brachte Schwarz-Bilde die Beschwerden der Seeleute zur Sprache. Genosse Bredt, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, forderte einen verstärkten Schutz der Arbeiter in chemischen Fabriken, und Lehmann-Wiesbaden wies auf die Gefahren hin, denen die Bleiarbeiter ausgesetzt sind. Die jämmerliche Situation der amtlischen Streikstatistik wurde wiederum vom Genossen Blegen beleuchtet. Die Regierung will jedoch trotz der nachgewiesenen Mängel die Arbeit in der feilherigen unzulänglichen Weise weitermachen lassen; sie hielt es nicht einmal für notwendig, auf die erhobenen Anklagen zu antworten. Die von den Sozialdemokraten und dem Centrum zu dem Punkt eingebrachten Resolutionen wurden vom Reichstag angenommen. Daß ihnen die Regierung Folge gibt, ist allerdings wenig wahrscheinlich.

Weim Etat des Reichsversicherungsamtes begründete der Sekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, Behrens, einen Antrag auf Einführung des Proportionalversicherungsamtes. Vom Genossen Hoch wurde er aber darauf aufmerksam gemacht, daß der Proporz nur möglich ist bei direkter Wahl der Vertreter, die von den Sozialdemokraten verlangt wird, wofür jedoch die Partei des Herrn Wehrens nicht zu haben ist. Doch führte weiter der An der Hand eines wunderbaren Gutachtens über die offenen Kohlegrube in Bantzen, welches vom Reichsversicherungsamt abgegeben wurde, zeigte er, wie diese Gefahr es vermeiden, in solchen wichtigen Fragen des Arbeiterbewußtseins die Vertreter der Arbeiter zu hören, sich aber nicht, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen.

Die Beratung des Marineetat's benützte der Reichstagspräsident, um eine kurze Gastrolle im Reichstag zu geben. Er sprach ein paar nichtsagende Worte über das Verhalten Deutschlands zu England. Später holte der nationale Reichstagspräsident Wasserfallmann das nach, was der Reichstagspräsident in seiner fünfminütigen Rede zu sagen verfaßte. Bei dem Kapitel „Instandhaltung der

Flotte und der Werften“ gab es eine größere Diskussion über die Schlampererei auf den kaiserlichen Werften; die durch den bekannten Meier Werftprozess eine so drastische Beleuchtung erfahren hatte. Genosse Sebering hatte schon in der Kommission der Regierung Mitteilung davon gemacht, daß auf der Danziger Werft wertvolles Material in ein Wasserloch geworfen worden sei. Der Staatssekretär hat darauf eine Untersuchung angeordnet, die in die Hände von Deuten gelegt wurde, welche an der Werft auf der Werft nicht ganz unschuldig sind. Trotz der unzulänglichen Untersuchung wurde einiges Material gefunden, welches wohl geeignet war, Seberings Angaben zu stützen. Die Marinebehörde gab sich jedoch alle Mühe, die Sache zu vertuschen und die merkwürdigen Funde als harmlos zu erklären. Sie fand auch liebevolles Verständnis bei der Mehrheit des Reichstages, welche eine Resolution auf Einsetzung einer Untersuchungskommission ablehnte.

Bei der Beratung kam auch das Verhalten der Werftbehörden gegen die Arbeiter und die Maßregelungsflucht zur Sprache, die sich gegen Sozialdemokraten richtet. Der Regierungsvorbericht gefand den Arbeitern gnädigst das Recht der sozialdemokratischen Überzeugung zu, aber wer diese widerwärtige Maßregelungsflucht geht, zeigt u. a. die Tatsache, daß die vom Genossen Sebering der Regierung überreichte Glasse der Stelle, wo die Materialien versenkt wurden, von den Werftbehörden sofort zu einem, allerdings vergeblichen Versuch benützt wurde, den Gewerksmann des Abgeordneten herauszuschließen. Solche Maßnahmen lassen die Ohrbegriffe der Marinebehörde in recht eigenartiger Weise erscheinen und liegen auch keineswegs im Interesse des Reiches, welches zu wahren, die Behörden ja ganz besonders berufen sind.

Zum Marineetat gehört auch die „offiziellste „Pachtung“ Hautschou, von welcher unsere Heberpatrioten einst erwarteten, daß sie eine Quelle reichen Segens für Deutschland werden würde. Hautschou galt als der Pfah an der Sonne, den sich Deutschland sichern mußte, um dabei zu sein, wenn es galt, die chinesische Geschäft anzutreten. Diese Träume sind längst verfliegen. Für Deutschland ist nichts übrig geblieben als die Zahlung bedeutender Kosten, welche die respectable Summe von 160 Millionen Mark erreicht haben, und alljährlich werden noch bedeutende Zuschüsse verlangt. Trotz der gewaltigen Summen, welche das Deutsche Reich aufgewendet hat, um das chinesische Dreineck herauszugeben, wäre es ein Gewinn für uns, wenn diese Pachtung so schnell wie möglich aufgehoben würde. Die bürgerlichen Parteien sind aber von den angebotenen moralischen Erhebungen, die wir durch das Schutgebiet bei den Chinesen machen, so erbaunt, daß sie mit Begeisterung dem guten Gelde der deutschen Steuerzahler, das bisher weggeschoben wurde, weiteres nachwerfen.

Bei der Beratung des Postetat's wurden bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ eine Reihe von Beschwerden über Maßregelung von Beamten zur Sprache gebracht und das unwürdige Sparsystem kritisiert, welches von der Postverwaltung gegenüber den niederen Beamten und den Arbeitern an den Tag gelegt wird. Es wurden auch Wünsche nach Verbilligung des Weltportos und nach Wiedereinführung des Anknäselstempels auf den Briefen laut. Im allgemeinen aber hatte Herr Kraelle allen Anlaß, mit der wohlwollenden Kritik zufrieden zu sein, die an seinem Meffort geübt wurde. Nach den Klagen, die ständig in der bürgerlichen Presse über die Postbureaustarre erhoben werden, hätte man erwarten sollen, daß der Staatssekretär des Reichspostamt's etwas stärker gerupft worden wäre.

Am 11. März wurden die Felddaten der Berliner Polizei zur Sprache gebracht, die sich unter der glänzenden Führung ihres Präsidenten v. Jagow am 6. März auf das jämmerlichste blamiert hat. Am Sonntag, den 6. März, haben wiederum die Arbeiter in vielen preussischen Städten für das Wahlrecht demonstriert. Dabei zeigte sich das gewöhnliche Bild. Wo sich die Polizei anständig verhielt, verlief alles in der schönsten Ordnung; in manchen Orten wurde jedoch die Ordnung durch die Polizisten auf das größtmögliche gestört. So auch in Berlin. Hier war eine Versammlung unter freiem Himmel im Treptower Park, im Osten der Stadt, geplant. Diese Versammlung wurde vom Polizeipräsidenten in gesetzlich verbietet. Als dann zu einem Spaziergang in den Treptower Park eingeladen wurde, brachte der geniale Polizeipräsident das Kunststück fertig, diesen beliebigen Ausgangspunkt durch ein gewaltiges Aufgebot von Polizisten vollständig abzusperren. Als sich dann am Eingang zum Park Menschen ansammelten, vollführten die Polizisten einige schneidige Attacken, bei welchen eine größere Anzahl Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Das Gros der Berliner Sozialdemokraten war aber so kochhaft, nicht nach dem so gut bewachten Treptower Park zu gehen; sie zogen vielmehr nach dem Tiergarten, der Erholungsstätte der bormehnen Welt. Daran hatte der schlaue Polizeipräsident nicht gedacht. Da im Tiergarten zunächst keine Polizisten waren, vollzog sich die Demonstration, deren Teilnehmerzahl auf 160 000 geschätzt wird, in voller Ordnung, wie allseitig rühmend anerkannt wird. Dann kam aber die mobil gemachte Polizei an, und mit ihrem Gemisch von Brutalität und Feigheit, ging sie rücksichtslos gegen die Menge vor. Viele Demonstranten und auch harmlose Spaziergänger wurden niedergedrückt oder von den Säbeln der rasenden Polizisten verletzt. Der Reinfall des Polizeipräsidenten, der sich von der Sozial-

demokraten, so hinter's Licht führen ließ, hat überall, weit über die Grenzen des Reiches hinaus, Anteilnahme erweckt, die durch die läppischen Stillübungen, die Herr von Jagow der Presse zugehen ließ, noch erhöht wurde.

Dieser Vorgang, das gesetzwidrige Verbot der Versammlung und das brutale Vorgehen der Polizisten war Gegenstand der Interpellation, die am 11. März beraten wurde. Der Staatssekretär v. Delbrück, der die Interpellation beantwortete, nahm seinen Jagow so gut wie es ging, in Schutz und verwies die Interpellanten im übrigen bezüglich des Versammlungsverbot's auf den Ausgang des eingeleiteten Verwaltungsstreitverfahrens. Von den Konfessionen wurde, wie nicht anders zu erwarten war, die Gelegenheit benützt, um recht kräftig gegen die Sozialdemokraten zu schimpfen. Bemerkenswert war das Verhalten des Centrums, welches sich jetzt schon so sehr als Regierungspartei fühlt, daß es durch den Freiherrn von Hertling eine Rede zur Verteidigung des blamierten Polizeipräsidenten halten ließ. Zugleich bekannte sich der Centrumsmann zu einer äußerst reaktionären Auslegung des Vereinsgesetzes, die um so mehr überraschend mußte, als das Centrum seinerzeit dieses Gesetz seines reaktionären Inhalts wegen auf das schärfste bekämpft hatte. — Ein praktisches Ergebnis konnte die Interpellation nach der Geschäftsordnung des Reichstages nicht haben. Immerhin bot sie Gelegenheit, das reaktionäre Regiment in Preußen und die Polizeibrutalität von der Parlamentstribüne herab zu kritisieren; eine Aufgabe, welcher sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Bedeuer und Heine in glänzender Weise unterzogen.

**Arbeitslosenversicherung in Sachsen.** Die soziale Deputation der Zweiten sächsischen Kammer hat beschlossen, diese möge die Regierung ersuchen, im ganzen Lande eine regelmäßige Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu veranstalten. Weiter soll sie dem nächsten Landtag eine Denkschrift vorlegen, in der die Erfahrungen, die in anderen Ländern und Städten mit der Arbeitslosenversicherung gemacht werden, berücksichtigt sind. Auch den Entwurf einer kommunalen Arbeitslosenversicherung soll die Denkschrift enthalten. Namentlich soll die Regierung auch die Errichtung von unter neutraler Leitung stehenden paritätischen Arbeitsnachweisen im ganzen Königreiche und auch auf dem platten Lande fördern. Die Kammer wird diese Anträge voraussichtlich annehmen.

**Arbeitslosenversicherung in Preußen i. Br.** Der Stadtrat von Freiburg in Baden hat sich mit der beschleunigten Einführung einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System grundsätzlich einverstanden erklärt. In den Gemeindevoranschlag ist für diesen Zweck der Betrag von 8000 Mk. eingestellt worden.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gemäß der Bestimmungen des Statuts und dem Beschluß des Verbandstages in Stettin berufen wir hiermit den

**13ten ordentlichen Verbandstag** auf Sonntag, den 19. Juni 1910 nach München ein. Am 19. Juni findet abends die konstituierende Vorversammlung statt, während am 20. Juni die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages beginnen werden.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl der Delegierten werden den Zahlstellenverwaltungen in dieser Woche mittels Zirkulars bekanntgegeben. Neben der Aufstellung von Kandidaten und den sonstigen Vorbereitungen der Delegiertenwahlen sollen die Zahlstellen sich nun auch mit der Beratung etwaiger Anträge für den Verbandstag beschäftigen. Nach § 28 des Statuts müssen Anträge zum Verbandstag 8 Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingebracht und von letzterem 6 Wochen vor Zusammenritt des Verbandstages im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Wir ersuchen deshalb, alle Anträge bis zum 23. April an uns einzuliefern, damit sie rechtzeitig veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

Jeder einzelne Antrag ist für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzuliefern.

Der seit 1. Februar d. J. von der Hauptkasse erhobene Extrabeitrag von 20 Pf. wird hierdurch ab 1. April auf 10 Pf. pro Mitglied und Woche herabgesetzt. Die Zahlstellen haben hiernach ab 1. April vor jedem Wochenbeitrag 50 Pf. an die Hauptkasse abzuführen. Den Extrabeitrag ganz aufzuheben, ist leider unmöglich wegen der hohen Anforderungen, welche die Unterhaltung der Lohnbewegung im ganzen Reich auch nach Abschluß der jetzigen Tarifbewegung an die Hauptkasse stellt. Diese immer mehr steigenden Ansprüche erfordern vielmehr eine dauernde Stärkung der Hauptkasse, und um zugleich für die weitere Zukunft die Erhebung von Extrabeiträgen möglichst zu vermeiden, unterbreitet der Vorstand den Mitgliedern hiermit den Antrag, den regelmäßigen Verbandsbeitrag von 50 Pf. auf 60 Pf. pro Woche zu erhöhen. Von dem 60 Pf. Wochenbeitrag, der nach dem Antrag des Vorstandes am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten soll, sollen 50 Pf. der Hauptkasse und 10 Pf. der Lokalkasse zufallen, sofern nicht der Verbandstag hierüber anders beschließt. Mit der Einführung des 60 Pf. Beitrages am 1. Juli sollen die jetzigen Extrabeiträge in Wegfall kommen. Da in einigen Zahlstellen, in denen die Löhne infolge der Krise oder wegen der Minderleistung der Industrie noch sehr gedrückt sind, eine Beitragserhöhung bedauerlicherweise mit größeren Schwierigkeiten verbunden wäre, soll der Vorstand ermächtigt sein, für die Mitglieder aus den Branchen mit besonders niedrigem Verdienst in diesen Zahlstellen die Durchführung des 60 Pf. Beitrages bis zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt aussetzen. Auf gemeinsamen Beschluß des Vorstandes und Ausschusses soll über die

Stehenden Antrag eine Abstimmung der Mitglieder entscheiden. Näheres hierüber wird später noch bekanntgegeben.

Unter der Voraussetzung, daß der Verbandsbeitrag auf 60 Pf. pro Woche erhöht wird, hat der Vorstand folgenden Antrag an den Verbandstag beschlossen:

Eine Erhöhung der Streikunterstützung in der Weise vorzunehmen, daß dieselbe Ähnlich den übrigen Unterstützungen nach der Mitgliedschaftsdauer abgestuft wird. Nämlich an Verheiratete bis zu 6 Kindern (statt bisher 5) unter 14 Jahren pro Kind und Woche 1 Mk. zu zahlen, so daß die Unterstützung im einzelnen betragen soll:

Dauer der Mitgliedschaft	Unterstützung pro Woche	Höchstbetrag inkl. Kinder
20 Wochen	0 Mk.	15 Mk.
52 "	12 "	18 "
156 "	18 "	20 "
260 "	24 "	20 "

Im Hinblick auf die schwebende Vertragsfrage und damit die bevorstehenden Gattungen sind mit ihm beschäftigten können, unterbreiten wir diesen Antrag schon jetzt den Mitgliedern zur Diskussion.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages ab 1. März erteilt: Leubsdorf 5 Pf., Liebenwerda 15 Pf., Rössen 10 Pf., Meistenhausen 15 Pf., Saubitz 20 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachfolgende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 80001 Georg Weiger, Tischler, geb. 4. 10. 81 zu Eppingen.
- 121082 Gottlieb Kalkenbach, Tischler, geb. 8. 12. 76 zu Lindlingen.
- 131457 Carl Gohmann, Tischler, geb. 20. 8. 84 zu Gr. Beuglitz.
- 166358 Josef Rudolf, Maschinenarbeiter, geb. 25. 5. 80 zu Ansföhr.
- 184780 Josef Koch, Tischler, geb. 24. 2. 78 zu Hilschheim.
- 194660 Max Matzner, Maschinenarbeiter, geb. 28. 7. 78 zu Schweinern.
- 387802 Hermann Klusch, Tischler, geb. 4. 7. 88 zu Reichthal.
- 346380 Christian Schorr, Tischler, geb. 24. 10. 83 zu Neimersbach.
- 355115 Maria Menaber, Ristfleberin, geb. 7. 2. 91 zu Bremen.
- 400898 Oswald Spring, Tischler, geb. 22. 11. 88 zu Frauenwalde.
- 457340 Heinrich Georg Gärtner, Tischler, geb. 16. 2. 82 zu Amorbach.
- 485732 August Altmann, Tischler, geb. 21. 8. 80 zu Patschlau.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauhordstände.

Gau Berlin. Der Gauart findet am 3. und 4. April in Berlin im Lokal von Anton Woelfer, Weberstraße 17, statt. Die Verhandlungen werden am 3. April, vormittags 10 Uhr, eröffnet. Die Tagesordnung ist den Zahlstellen bereits bekanntgegeben. Als weiterer Punkt tritt noch hinzu: Stellungnahme zur Erhöhung des Verbandsbeitrages.

Der Gauvorstand. J. N.: Franz Eulache.

Gau Nürnberg. Der Gauart findet nunmehr am 29. März (Ostermontag) bestimmt statt, derselbe beginnt morgens 9 Uhr im Gewerkschaftshaus zu Nürnberg, Neuegasse 13. Die Delegierten bitten wir nochmals, ihre Zukunft mitteilen zu wollen, um Logis besorgen zu können. Der Gauvorstand. J. A.: E. Stein.

Gau Stuttgart. Unser Gauart findet, wie bekannt, am 20. März 1910 im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart statt. Beginn vormittags 9 Uhr. Die Tagesordnung ist jeder Zahlstelle zugestellt worden. Wegen Feststellung der Präsenzliste ersuchen wir, uns umgehend den Vor- und Zunamen des gewählten Delegierten mitzuteilen. Mandatsformulare, welche wir im Laufe der Woche noch versenden, müssen am Orte ausgefüllt und vom Delegierten nach hier mitgebracht werden. Der Gauvorstand. J. A.: Gg. Raub.

Korrespondenzen.

Altenstein. Es ist eine öfters beobachtete Erscheinung, daß die Christen, die sich in der Öffentlichkeit so gern als verfolgte Unschuld aufspielen, dort, wo sie nur irgend die Macht dazu besitzen, den rücksichtslossten Terrorismus gegen Andersdenkende zur Anwendung bringen. In dieser Beziehung leiht der christliche Bezirksleiter Schopohl aus Dargitz ganz hervorragendes. Im vorigen Jahre hat er hier eine Zahlstelle des christlichen Verbandes gegründet. Als Zugmittel diente ihm das Versprechen, daß zum Frühjahr 1910 eine Lohnbewegung stattfinden würde. Um der Tracht Prügel zu entgehen, die ihm von seinen Anhängern bei Nichterfüllung des gegebenen Versprechens in Aussicht gestellt waren, leitete nun Schopohl eine Bewegung ein, ohne sich um die anderen Organisierten zu kümmern. Von unserer Seite wurde Schopohl darauf aufmerksam gemacht, daß ein Vorgehen, bei dem nicht alle am Ort vertretenen Organisationen beteiligt sind, keinen Erfolg verspreche, er hielt es aber nicht für nötig, darauf zu reagieren. Nun sieht er fest und um sich aus der Klemme zu helfen, hat er sich die Hirsch-Dundersteden als Prügelknaben erforen. In den Streit, den diese beiden Organisationen haben, wollen wir uns nicht einmischen. Die Organisationsverhältnisse liegen hier so, daß von den circa 70 Beschäftigten etwa 35 bei den Christen und Hirschen organisiert sind; die Fachabteilungen haben 10 bis 15 Mitglieder, unser Verband nur 9; die übrigen sind unorganisiert. Bei der Sachlage ist es für jedermann ein-

leuchtend, daß die Organisationen bei einer Lohnbewegung zusammenarbeiten müssen. Nur Schopohl begreift das nicht; sein Ehrgeiz ist nur darauf gerichtet, die anderen zu verdrängen. Ein bellisches Agitationsmittel der Christen sind „Prügel“, und sie haben die Agitation mit diesen „gefälligen Waffen“ in ein System gebracht. Kürzlich wurde ein Mitglied unseres Verbandes von dem Vorsitzenden der Christen, mit dem er in der Werkstatt zusammenarbeitet, zu einem Vergütigen der Christen eingeladen. Zu seinem Glück hatte er der Einladung keine Folge geleistet, denn er hat noch rechtzeitig erfahren, daß ihm dort Prügel zugebracht waren. Der Schopohl selbst hat es sich zur Aufgabe gemacht, unseren Vertrauensmann zu verdrängen. In dem Zweck lancierte er in das hiesige Zentrumsblatt eine Notiz, in welcher unser Vertrauensmann unter Namensnennung seinem Arbeitgeber, der ein strenger Katholik ist, denunziert wurde. Der Streich ging jedoch fehl. Unser Kollege ist als tüchtiger Arbeiter der Betriebsleitung bekannt, und diese erklärte, ganz wider Erwarten der christlichen Denunzianten, daß sie sich um die Bestimmung der Arbeiter nicht kümmern. Schopohl war während über seinen Mißerfolg und aus Mache ließ er in dem gleichen Wätschen einen neuen Schmähartikel gegen unseren Kollegen los, womit er die christliche Organisation vollends bläßstellte.

Chemnitz. In der am 24. Februar im „Kolosseum“ tagenden, schwach besuchten Generalversammlung gab Kollege Lorenz an Stelle des durch erlittenen Unfall erkrankten Bevollmächtigten Kollegen Werner den Jahresbericht. Das Berichtsjahr wurde zum großen Teil noch von der Krise beherrscht, überstieg doch die Arbeitslosenunterstützung im ersten Quartal alle Quartale des Jahres 1908 um ein Bedeutendes. In einigen Betrieben haben die Kollegen mit Hilfe unserer Organisation trotz der Krise die ihnen zugemessenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur zurückgewiesen, sondern die Lohn- resp. Akkordhöhe bis 15 Proz. erhöht. Durch unseren Arbeitsnachweis wurden rund 200 Stellen von unseren Kollegen besetzt. Doch ist es Pflicht unserer Vertrauensleute und Kollegen, unserem Arbeitsnachweis ein erhöhtes Interesse entgegenzubringen. Auch die stärkere Benutzung der Bibliothek ist den Kollegen angelegentlich zu empfehlen. Die Jahresrechnung wurde nach einiger Diskussion einstimmig richtig gesprochen. In die Lokalverwaltung wurden die bisherigen Verwaltungsmitglieder wieder und der Kollege Engler als Schriftführer neu gewählt. Kollegen, zeigt Euer Interesse am Verband durch eine starke Beteiligung an unserem am 20. Mai nach Annaberg-Buchholz stattfindenden Agitationsausflug; imponieren wir auch im oberen Erzgebirge durch eine machtvolle Rundgebung für unsere Organisation. Seid eingegeben der Pflicht, dem Deutschen Holzarbeiterverband gegenüber durch Opferwilligkeit und Agitationsmut auch im laufenden Jahre, dann werden auch wir in unserer Zahlstelle ein tüchtig Stück vorwärts kommen.

Eßlingen. Nicht mißliche Verhältnisse bestehen in der Modellschreinererei von Wilhelm Klein. Dort werden neben einigen Lehrlingen 5 bis 8 Gesellen beschäftigt, denen Stundenlöhne von 84 bis 48 Pf. bezahlt werden. Ledereien Lohn erhält nur ein Kollege bei vollständiger Arbeitszeit pro Tag. Trotz der schlechten Löhne verlangt Herr Klein tadellose und genaue Arbeit. Auf dem hiesigen städtischen Arbeitsamt sucht er fortwährend Modellschreiner, auch wenn er alle Hände in seinem Betrieb befestigt hat; seinen Arbeitern gegenüber brühet er sich dann, er bekomme Leute genug. Auch die sonstigen Verhältnisse lassen noch vieles zu wünschen übrig. So befindet sich im ganzen Betrieb kein Schrank zum Aufbewahren der Kleider. Mit einem Kollegen, der von Nürnberg hierher kam, vereinbarte Herr Klein einen Stundenlohn von 42 Pfennig, der sich nach dreiwöchentlicher Tätigkeit auf 45 Pf. erhöhen sollte. In diese Vereinbarung erinnert, erklärte Herr Klein, 45 Pf. nicht zahlen zu können; erst nach einigem Hin- und Herreden zahlte er den Lohn, kündigte aber zugleich den betreffenden Arbeiter. Die Modellschreiner allerorts werden hieraus ersehen, daß sie in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie den Betrieb des Herrn Klein meiden.

Gnesen. „Der Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Verbandes, berichtet in Nr. 5 über eine erfolgreiche Lohnbewegung, die seine Getreuen hier durchgeführt haben. Dabei haben nun dieselben Christen, die überall mit vertreten sein wollen, wenn sie auch nur mit verschwindend wenigen Beteiligten in Frage kommen, unseren Verband weder zu den Verhandlungen hinzugezogen, noch von dem Vertragsabschluß überhaupt unterrichtet. Im Gegenteil haben die Christen bei den Unternehmern sogar beantragt, unseren Verband zu den Verhandlungen gar nicht zuzulassen. Dabei hatte um jene Zeit unser Verband 10, der christliche 30 bis 40 Mitglieder am Orte. Der Erfolg ist nun auch keineswegs so reich, als man glauben machen will. Statt der geforderten 42 Pf. Stundenlohn wurde ein Mindestlohn von 32 bis 35 Pf. für Junggesellen und 38 Pf. für ältere Gesellen und ein Durchschnittslohn von 42 Pf. vereinbart. Das ließ sich trotzdem noch hören, wenn diese Sätze nur bezahlt würden. Aber da hier die Akkordarbeit vorherrscht und ein Akkordtarif nicht durchgeführt worden ist, sind diese Sätze in der Praxis nicht Mindest-, sondern Höchstlöhne. An Lohnerhöhung sind insgesamt 2 Pf. am 1. April vorgelesen. Von der so notwendigen Arbeitszeitverkürzung war keine Rede. Der Vertrag läuft bis 1. April 1912. Daß hier, wo die Christen die Mehrheit hatten, nicht mehr erreicht wurde, nicht nur deren Bezirksleiter Schopohl aus Dargitz dadurch zu beschönigen, daß er unserem Verband einen beabsichtigten Streikbruch unterzieht. Im „Holzarbeiter“ wird berichtet, daß der Gnesener Obermeister einen angeblichen Brief gegen die Christen ausgespielt habe, wonach unser Verband (in Posen) sich erbot, bei 1 Pf. Lohnerhöhung Arbeiter zu liefern. Daran ist natürlich kein Wörtchen wahr. Auf Vorschlagwerden unseres Kollegen Matuzewski bestritt auch der Obermeister Jatzewski ganz entschieden, etwas Derartiges gesagt zu haben, er gab sogar eine schriftliche Erklärung ab, daß er ein derartiges Angebot unsererseits weder schriftlich noch mündlich erhalten habe. Es ist recht bedauerlich, wenn die Christen ihr wenig scharfsinniges Vorgehen in Gnesen durch solche Schwindelnachrichten zu vertuschen suchen. Gerade hier wäre ein fester Zusammenschluß aller Arbeiter zur Beseitigung der noch

recht rüßständigen Arbeitsverhältnisse dringend nötig. Mögen alle Kollegen aus dem diesmaligen Ergebnis lernen, daß nur eine einige, starke Organisation der Arbeiter bessernd wirken kann.

Salze a. S. (Stellmacher.) Die Zustände in der Waggonfabrik Lindner sind in letzter Zeit geradezu empörend geworden; eine Behandlung wird den dort beschäftigten Kollegen zuteil, wie sie wohl in einem anderen Betriebe kaum zu finden ist. Die Lohnverhältnisse spotten aller Beschreibung; man scheint sich sogar nicht, Arbeitern, die 5, 10, ja sogar 20 Jahre im Waggonbau tätig sind, einen Lohn von 35, 40 und 42 Pf. anzubieten. Das hat zur Folge gehabt, daß vorige Woche 20 Stellmacher die Arbeit in diesem Betriebe aufgaben. Es wird hier ausschließlich im Akkord und in Kolonnen gearbeitet. Die Preise werden dem Kolonnenführer einfach diktiert. Verweigern dann diese Kollegen die Unterschrift, weil sie mit dem Preise unmöglich auskommen können, so werden sie entlassen. Andere Arbeiter, denen das Geheiß der Arbeitslosigkeit vor Augen schwebt, fühlen sich wohl oder übel gezwungen, zu unterschreiben, wenn sie sich nicht aus Pulver werfen lassen wollen. Das Ende vomiede ist dann, daß der festgesetzte Akkordpreis bei weitem nicht zum Stundenlohn reicht. Die Fabrikleitung sucht durch diese niedrige Akkordanfehlung billig zu arbeiten. Die Arbeiter schufen in Akkord und bezahlt werden sie notdürftig in Lohn, dabei ist der festgesetzte Akkordpreis immer schon verbraucht, wenn die Arbeit erst halb fertig ist. Dann geht es an die Lohnbrüdererei. Nicht genug damit, auch die Arbeitsteilung der Betriebsleitung läßt viel zu wünschen übrig. Sehr oft kommt es vor, daß ein Teil der Arbeiter tagelang nichts zu tun hat, ja sogar aussitzen muß, während der andere Teil Überstunden leistet oder gar Sonntags arbeitet. Ob hierzu immer die vollzählige Erlaubnis eingeholt ist, entzieht sich unserer Kenntnis, jedenfalls wäre es sonderbar, wenn diesen Betrieben allsonntäglich die Erlaubnis erteilt würde. Auch die technische Leitung spottet aller Beschreibung; oft werden neue Arbeiten gleich wieder in Reparatur gegeben. Werkmeister Henning gibt die Arbeiten so an, wie er es versteht, und wenn sie dann fertig und falsch sind, ist er natürlich nicht schuld, sondern die Arbeiter haben den Schaden zu tragen. Wenn die Firma so weiter wirtschaften läßt, darf sie sich nicht wundern, wenn es bergab geht. Die Hofwagen- und Automobilfabrik von Kalbe u. Sohn, die gegenwärtig sehr gut beschäftigt ist, läßt in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig. Schon so mancher Kollege, der von auswärtig nach hier kam, ist arg enttäuscht worden. In den Kleinbetrieben ist es nicht besser. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, vor Arbeitsaufnahme in Halle sich bei der Verwaltung zu erkundigen. Unseren sonstigen Kollegen aber rufen wir zu jeder Zeit auf dem Posten zu sein, dann wird es uns auch hier noch gelingen, menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

Aßna. (Berghofer.) Am 28. Februar hielt unsere Sektion ihre Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Es scheint, als wenn die Vergolder und Goldbleisnarbeiter Aßna wieder etwas mehr Interesse am Verbandsleben zeigen. Wollen wir hoffen, daß es nun auch so bleibt und noch besser wird; zum Westen der Kollegen. Kollege Wuse hielt ein treffliches Referat über: „Gewerkschaft und Volk“. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Anregung der Würger Kollegen zwecks Einberufung einer Brandentkonferenz. Im Prinzip sind die hiesigen Kollegen wohl für eine solche, doch müßten vorher die Punkte an-gegeben werden, die dort behandelt werden sollten. Als dann berichtete der Sektionsleiter über die Lage der hiesigen Mahlenvergolder, welche nun fast alle dem Verband angehört und durch den Verband in einzelnen Betrieben schon mancherlei Verbesserungen herbeigeführt haben. Unsere Versammlungen finden von jetzt an jeden letzten Montag im Monat, abends 7 1/2 Uhr, bei Willeken, Preislerstr. 60, statt.

Röhschendorf. (Morbmacher.) Im vorigen Jahre wurden hier bei 67 Stunden Arbeitszeit 10,25 Mk. Durchschnittslohn erreicht. Die Wohnungsverhältnisse sind hoch, und der sonstige Lebensunterhalt ist der Großstadt gleich. Dazu kommt noch, daß im Winter in zwei Werkstätten fünf Kollegen sechs Wochen lang aussitzen mußten. Kollegen, die gewillt sind, hier Arbeit anzunehmen, werden gut tun, sich vorher bei der Sektionsleitung (H. Seifert, Raundorf b. Röhschendorf, Röhschendorfstraße 1d) zu erkundigen. Den hiesigen Kollegen aber sei gesagt: Haliet fest zur Organisation, denn nur dadurch ist es uns möglich, unsere traurige Lage zu verbessern.

Nürnberg. (Maschinen- und Sägearbeiter.) Am 20. Februar sprach in einer Mitgliederversammlung der Arbeiterssekretär Eigenmüller über: „Das Unfallversicherungsgesetz“. Die Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und durch langanhaltenden Beifall am Schluß betündeten die Anwesenden, daß der Referent jedem aus dem Herzen gesprochen und vieles Belehrende für jeden einzelnen geboten hatte. Bedauert wurde, daß bei einem solch wichtigen und lehrreichen Thema für unseren Beruf die Versammlung nicht so besucht war, wie es der Stärke unserer Sektion entsprochen hätte. Ferner wurde der Wunsch laut, in nächster Zeit einen Vortrag über Unfallversicherung halten zu lassen. Die Verwaltung wird ihr Möglichstes tun, jedoch möchten wir hiermit die einzelnen Kollegen auffordern, in solch erlittenen Betten sich mehr um ihre eigenen Interessen zu kümmern und die Versammlungen fleißiger als bisher zu besuchen.

Mies. (Werftarbeiter.) Am 8. und 9. März fanden in Zehren und in Mies Sektionsversammlungen statt, welche gut besucht waren. Kollege Lindemann-Göppig gab einen ausführlichen Bericht über die in Dresden stattgefundene Konferenz, woran sich speziell in Mies eine lebhafte Debatte anschloß. Die Beschlüsse der Konferenz wurden allgemein gutgeheissen. Der Wunsch nach einer baldigen Besserung der wirtschaftlichen Lage machte sich recht lebhaft geltend. Mißstände, wie sie auf Werften üblich sind, bestehen auch hier. Vor allen Dingen wurde die Lehrlingszucherei und die dadurch herbeigeführte Lohnbrüdererei scharf kritisiert. Sind doch in Zehren bei 18 Gesellen 10 Lehrlinge, in Gröbba bei vier Gesellen sogar 7 Lehrlinge. Die jungen Leute werden

nach allen Regeln der Kunst ausgenutzt. Mägen die Kollegen die Mitgliederversammlungen stets ebenso zahlreich besuchen und treu zusammenhalten, dann werden auch wir uns bald aus der bedrückten Lage erheben.

**Sensburg.** In unserem herrlich gelegenen Städtchen wissen besonders die Holzarbeiter an Viechen von ihrem Elend zu singen. Werden doch Stundenlöhne von 25 bis 35 Pf. bezahlt. In den Sägewerken wird im günstigsten Falle ein Wochenlohn von 20 Mk. erreicht bei 60stündiger Arbeitszeit. Diesem Nebel hat man bis jetzt vergebens abzuhelfen versucht. Die alten, orisangefessenen Kollegen hängen den Verfall an den Nagel. Jüngerer Kollegen gehen und nach einigen Wochen wieder den Rücken. Unter diesen Umständen ist es schwer, etwas für die Holzarbeiter zu erreichen. An die reisenden Kollegen aber richten wir die Mahnung, Sebnitz zu meiden.

**Sensburg.** Es ist jetzt ein Jahr her, daß die Auspersung begann, welche einen ungünstigen Ausgang für unsere Kollegen nahm. Die Streikbrecher ernten nun den Lohn ihres Verrats; sie werden von den Arbeitgebern so behandelt, wie sie es verdient haben. Während früher die achtstündige Arbeitszeit in Kraft war, besteht jetzt die 10½ resp. 11stündige. Auch der Kost- und Logiszwang ist wieder eingeführt. Die Behandlung und der Verdienst sind schließlich so schlecht geworden, daß selbst die arbeitswilligen Elemente Sensburg verlassen haben. An unsere Kollegen wird es jetzt liegen, wieder menschenwürdige Zustände zu schaffen. Auch den Kollegen anderwärts müssen die Sensburger Zustände als warnendes Beispiel dienen. Wenn die Arbeiter ihren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlieren, dann gehen die Unternehmer überall gleich schroff vor, um niedrigen Lohn und lange Arbeitszeit einzuführen. Die Sensburger Kollegen werden nun dafür sorgen, die Organisation zu kräftigen, um bei geeigneter Gelegenheit geordnete Verhältnisse zu schaffen.

**Tangermünde. (Schiffbau.)** Im Hinblick auf den vom Kollegen H. Hübner veröffentlichten Bericht, betreffend die Organisation der Schiffbauer, können wir mitteilen, daß hier am Orte circa 80 Schiffbauer bei der Firma Wethlin u. Söhne beschäftigt sind, von welchen bis zum Januar 1910 28 im Holzarbeiterverband organisiert waren. Infolge der Erhöhung unseres Vertrages von 50 Pf. auf 80 Pf. traten uns 6 Kollegen den Müden und traten zum Schiffszimmererverband über. Dieser Uebertritt ist in gleicher Weise bezeichnend für die betreffenden Kollegen wie für die Organisation, welche durch Zulassung des Uebertritts eine solche Druckbergererei begünstigt. Auf dieser Werkst. sind im ganzen circa 130 Mann beschäftigt, wovon der größte Teil organisiert ist. Neben dem Holzarbeiterverband sind noch die Verbände der Schiffszimmerer, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Handels- und Transportarbeiter vertreten. Nach unserer Ansicht wäre es bald Zeit, daß dieser Zersplitterung Einhalt getan wird, da die Zustände auf der Werkst. doch auch nicht die besten sind und die Kollegen bald so viel verschiedene Löhne erhalten, wie Schiffbauer auf der Werkst. beschäftigt sind. Darum, Kollegen, denkt an das Wort: Einigkeit macht stark!

### Unsere Lohnbewegung.

#### Die Tarifbewegung in Berlin.

Am 8. März haben die Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Schönberg und Weiskensee in einer gemeinsamen Generalversammlung dem nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommenen Vertragsentwurf zugestimmt. Es sind freilich nicht alle geforderten Vertragsverbesserungen bewilligt worden, jedoch mußte sich jeder einsichtige Kollege sagen, daß durch einen Kampf kaum noch größere Zugeständnisse durchgesetzt werden können.

Den größten Widerstand haben die Arbeitgeber der Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit entgegengesetzt. Sie stützten sich darauf, daß jetzt noch in allen anderen Städten eine längere Arbeitszeit besteht und auch in Berlin fast alle anderen Berufe noch eine längere Arbeitszeit haben. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie sich in dieser Frage auch dem Schiedspruch eines Einigungsamtes auf keinen Fall unterwerfen würden. Bei der Aufstellung der Forderungen halten die Kollegen die Verhandlungskommission beauftragt, sie soll den Versuch machen, eine Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, jedoch sollen Verhandlungen und Vertrag an dieser Forderung nicht scheitern, wenn die Arbeitgeber sonst annehmbare Zugeständnisse machen. Da dies nun geschehen ist, hat sich die Generalversammlung mit der Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung abgegeben.

Eine Lohnerhöhung wollten die Unternehmer erst im zweiten Jahre zugestehen, und zwar etwa 3 Proz. möglichst noch auf das zweite und dritte Jahr verteilt. Erst nach wiederholten Verhandlungen sind sie Schritt für Schritt weiter entgegengekommen und soll nun am 1. Oktober eine Lohnerrhöhung und Erhöhung der Akkordpreise von 5 Proz. eintreten.

Als die wichtigste Forderung galt bisher stets die Lohnsicherung bei neuen Mustern. Diese Forderung war es, die 1904 zu einer 17wöchigen Auspersung führte. Damals war die Forderung nur in mehreren Werkstätten aufgestellt und deshalb gestrichelt worden. Um die Lohnsicherung dort abzuwehren und die übrigen Betriebe für später davor zu schützen, sperren die Unternehmer über 4000 Kollegen 16 Wochen lang aus. Auch 1907 wurde die Lohnsicherung wieder in den Vordergrund gestellt, konnte aber trotz 17wöchigem Kampfe nicht durchgesetzt werden. Diesmal sind die Arbeitgeber soweit entgegengekommen, daß sie eine Bestimmung zugestanden, nach welcher bei außerordentlichen Arbeiten der vereinbarte Lohn gestrichelt wird. Nur wollen sie bei Minderleistungsfähigkeit eines Arbeiters das Recht haben, das Akkordverhältnis aufzulösen zu können, worüber aber beim Einspruch des Arbeiters die Schlichtungskommission entscheiden muß.

Ein wesentlicher Fortschritt ist auch in Bezug auf den Arbeitsnachweis erzielt worden, um den die Berliner Holzarbeiter bekanntlich schon langwierige und schwere Kämpfe geführt haben. Die diesmalige Forderung lautete: Die Parteien sind verpflichtet, in erster Linie den Arbeitsnachweis zu benutzen und ist eine anderweitige Einstellung nur dann zulässig, wenn geeignete Arbeiter im paritätischen Nachweis nicht vermittelt werden können. Die Benutzung anderer Nachweise ist nicht ge-

statet. Die nach langen Verhandlungen von den Unternehmern bewilligte Fassung heißt: Die Parteien verpflichten sich ferner, den gemeinsamen Nachweis Vormannstraße 13 in erster Linie zu benutzen und soll eine anderweitige Einstellung von Arbeitern nur dann zulässig sein, wenn innerhalb 24 Stunden geeignete Arbeitskräfte vom paritätischen Nachweis nicht vermittelt werden können. Andere Nachweise sollen nicht benutzt werden. Welchen sich nun alle Arbeiter regelmäßig im Nachweis, so wird nahezu jede Stelle besetzt werden können.

Auch in anderer Beziehung sind noch beachtenswerte Verbesserungen in den neuen Vertrag hineingekommen. Die Akkordabfällzahlung beträgt künftig mindestens 27 Mk. Bei 38 Mk. Verdienst 30 Mk.; bei 48 Mk. 33 Mk. und bei höherem Verdienst dem Verdienst entsprechend mehr nach Vereinbarung. Bisher war außer dem Mindestlohn von 27 Mk. nur noch eine Stufe von 30 Mk. bei 35 Mk. Verdienst vorgesehen. In den Verbesserungen war der Unterschied zwischen Kostgeld und Verdienst 2 Mk. Das Montagegeld in Berlin und den Vororten ist von 70 Pf. auf 1 Mk. täglich erhöht worden. Für Akkordarbeiten sind eine Anzahl neue günstige Bestimmungen in den Vertrag aufgenommen worden. Unverschuldete Wartezeit muß in Lohn bezahlt werden. Beim Vorziehen einzelner Arbeitsstücke vom Gesamtakkord sind mindestens 7 Proz. Zuschlag zu vergüten. Bei Hilfeleistung muß ebenfalls ein Zuschlag erfolgen, so daß der Arbeiter in seinem Verdienst nicht geschädigt ist. Ferner sind alle Anträge der Arbeiter in Bezug auf die Schlichtungskommission anerkannt worden, wie auch eine Anzahl sonstiger allgemeiner Bestimmungen.

Von den nach der Vertragskündigung von den Unternehmern geforderten Verschlechterungen, den bekannten 7 Thesen, ist nichts in den Vertrag hineingekommen. Die Unternehmer mußten diese Verschlechterungen bei den Verhandlungen nach und nach wieder zurückziehen.

Prüft man die zugestandenen Vertragsabänderungen vorurteilsfrei und vergleicht man sie mit den Ergebnissen früherer Lohnkämpfe, so muß man sagen, daß selbst die letzten drei großen Kämpfe 1900, 1904/1905 und 1907 kaum den gleichen Fortschritt gebracht haben, der diesmal ohne Kampf erzielt wurde. Freilich wird man mit den Zugeständnissen noch nicht voll zufrieden sein können. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach würde ein Kampf auch keine günstigeren Resultate zeitigen.

Noch weniger würde erreicht, wenn man den Vertrag ablehnen würde und eine vertragslose Zeit einträte. Die Kollegen würden dadurch zunächst auf alle Verbesserungen des neuen Vertrages verzichten und ferner alle bestehenden Positionen einbüßen, die durch frühere Kämpfe erst mühsam zustande gekommen sind. Wollte man durch Werkstattkämpfe nach und nach bessere Bedingungen anstreben, so hätte man den früheren Zustand wieder. Die Unternehmer würden sich diese Einzelkämpfe nicht gefallen lassen, würden wie 1904 zu Aussperrungen greifen und die Organisation müßte von vorn anfangen, um die früheren Positionen wieder zu erlangen. Für jeden einsichtigen Kollegen muß es klar sein, daß auf der bestehenden Grundlage weitergearbeitet werden muß, um so Schritt für Schritt vorwärts zu kommen. Die Ablehnung des Vertrages und die Herbeiführung einer vertragslosen Zeit würde nur den gegnerischen Organisationen nützen, die ohne weiteres allein Verträge mit den Unternehmern abschließen und dann in jeder Weise, besonders aber bei der Arbeitsvermittlung von den Unternehmern begünstigt und somit einen bedeutenden Vorsprung erreichen würden.

Von diesen Gesichtspunkten ließ sich die am 8. März tagende Generalversammlung leiten. Sie stimmte den Ausführungen des Kollegen Glode zu, der in seinem Referat namens der Ortsverwaltung die Annahme des Vertrages empfahl und nahm den neuen Vertrag gegen eine Minderheit von etwa 50 Stimmen an.

In Riffingen ist die Lohnbewegung der Schreiner friedlich erledigt worden. Die Meister bewilligten einen Minimallohn von 82 Pf. für Gesellen unter 20 Jahren und 90 Pf. für ältere. Der Stundenlohn wurde um 2 Pf. für die jüngeren und 3 Pf. für die älteren Schreiner erhöht. Im übrigen gelten die Abmachungen von 1906. Ein Tarif auf Zeitbauer wurde nicht abgeschlossen.

In Mündingen stehen seit dem 8. März die Arbeiter der Automobilfabrik Gebr. Wegbarth im Streit; der bisher geltende Vertrag ist am 1. März abgelaufen, über den Neuabschluss war eine Einigung nicht zu erzielen. Als Arbeitswillige sind bis jetzt nur je ein Wagner, Sattler und Radlerer zu verzeichnen. Die Firma ist bemüht, Streikbrecher zu erhalten, denen sie neben hohem Lohn 10 Mk. wöchentliche Streikbrecherprämie verspricht. Auch dürfte versucht werden, Streikarbeit außerhalb unterzubringen. Wir ersehen, den Zugang von Wagner fernzuhalten.

In Staßfurt befinden sich die Kollegen der Möbelfabrik von F. W. Wadelt seit längerer Zeit in Differenzen, weil der neugewählte Werkführer, der in Wagdeburg in besonderem Andenken stehende frühere Tischlermeister Robert Kleine, sich einfach die Akkordpreise zu diktiert. Ohne Rücksicht auf die unmoderne Betriebsrichtung und das mangelhafte Material will er Zellarbeit einführen und erklärt einfach: „Der bisherige Tarif ist aufgehoben und wer zu den festgesetzten Preisen nicht arbeiten will, kann gehen.“ Herr Wadelt aber, wohl in Erwartung des großartigen Geschäfts, das er sich als Folge der Maßnahmen seines Werkführers verspricht, entzieht sich der Verantwortung durch leere Ausflüchte. Die Kollegen sind aber nicht willens, sich ihr Mitbestimmungsrecht wegzupraktizieren zu lassen. Hier von den acht Beschäftigten haben bereits mit Aufhören geantwortet und wenn Herr Wadelt sich nicht bald eines Besseren besinnt, werden weitere Maßnahmen von ihrer Seite die Folge sein. Die Möbelfabrik von Wadelt in Staßfurt ist bis auf weiteres gesperrt.

#### Ausland.

In Montreux in der Schweiz ist es bei der Firma Albert Feld wegen Maßregelung eines Kollegen zu Differenzen gekommen. Aus diesem Anlaß ist der Betrieb gesperrt.

### Aus der Holzindustrie.

Der christliche Holzarbeiterverband hat eine Neuerung eingeführt. Zum erstenmal teilt er in seinem Verbandsorgan zugleich mit seiner Jahresabrechnung auch die Zahl der Verbandsmitglieder mit, die man früher nur aus dem „Zentralblatt“ veröffentlichten Gesamtüberblick der christlichen Gewerkschaften erfahren hat. Aus der Tabelle zur Entlohnung des Verbandes geht hervor, daß der christliche Holzarbeiterverband am Schluß des Jahres 1909 in 255 Zahlstellen 11312 Mitglieder hatte. Am Schluß des Jahres 1908 waren es 253 Zahlstellen mit 10840 Mitgliedern. Die höchste früher erreichte Mitgliederzahl war 11258 am Schluß des Jahres 1907; diese Höchstzahl ist also im Jahre 1909 überschritten worden.

Die Abrechnung für das Jahr 1909 verzeichnet als Einnahme an Aufnahmegerühren 2108,80 Mk., an Beiträgen 295 048,55 Mk. Dieser letztere Posten läßt so wie er eingestellt ist, nicht erkennen, daß in ihm auch die Lokalbeiträge enthalten sind. Da daneben die Höhe des Wochenbeitrages mit 50 Pf. angegeben ist, könnte man daraus schließen, daß die Christen ganz außerordentlich pünktliche Beitragszahler sind. Erst bei näherer Durchsicht findet man in der Lokaltassenabrechnung als Einnahme aus Lokalbeiträgen 55 997,23 Mk. und aus freiwilligen Beiträgen 1144,85 Mk. Das sind Posten, die sowohl in der Abrechnung der Hauptkasse als auch in der der Lokaltasse als Einnahmen figurieren. Dadurch wird zwar die Uebersichtlichkeit der Abrechnung nicht gefördert, aber doch erreicht, daß man mit größeren Zahlen paradiereien kann. Bieht man diesen Umstand in Betracht, dann ergibt sich, daß auf den Kopf des Mitgliedes ein verhältnismäßig niedriger Betrag entfällt, oder aber, daß man bei der Feststellung der Mitgliederzahl sehr gut gezählt hat. Die Einnahme an Wochenbeiträgen (einschl. Lokalbeiträge) ist übrigens gegenüber dem Vorjahr um 12800 Mk. gestiegen.

Von den Ausgaben im Jahre 1909 seien die nachfolgenden Posten hervorgehoben: Reiseunterstützung 6800 Mk., Maßregelungsunterstützung 6854 Mk., Arbeitslosenunterstützung 27 843 Mk., Streikunterstützung 80 228 Mk., Krankenunterstützung 28 088 Mk., Agitation 20 088 Mk., Der Kassenbestand der Hauptkasse betrug am Jahresschluß 245 008,92 Mk. In den Lokaltassen waren zu gleicher Zeit 70 897,00 Mk. Das Gesamtvermögen des Verbandes betraffte sich also am Jahresschluß auf 315 708,92 Mk.

Schließlich seien noch die Zahlstellen genannt, die den Hauptbeiträge im vierten Quartal eine größere Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatten, namentlich aufgeführt sind: Es sind das: Saffarath (Zunahme 20 Mitglieder), Mühlhausen (15), Spaldingen (22), Gleve (28), Düsseldorf (35), Oberfeld (15), Münster (34), Garsum (18), Wapenburg (27).

**Geschoßbrüche.** Wie der Vorsitzende des Bundes deutscher Korbmacherinnungen bekanntgibt, findet am 15. März in Berlin eine Versammlung der Geschoßbrüch-Unternehmer statt. Der sehr kurze Text der veröffentlichten Tagesordnung läßt nicht erkennen, ob die Arrangure dieser Zusammenkunft etwa durch ein weiteres Herabdrücken der Geschoßbrüchlöhne das Korbmacherhandwerk heben wollen, oder ob man nur jammern will, weil bei der letzten Submission einige Innungsgrößen leer ausgegangen sind. — Unsere Kollegen werden hoffentlich dafür sorgen, daß nicht nur jeder Versuch, die Löhne weiter herunterzudrücken, ganz energisch zurückgewiesen, sondern, daß auch der Lohn für die runden Körbe etwas erhöht wird. Diese Sorte wurde früher schon einmal angefertigert und haben unsere Kollegen schlechte Erfahrungen damit gemacht.

Einige besonders krasse Submissionen stellt das Organ des Herrn Kesselhaus in Essen, „Das Tischlergewerk“, an den Pranger. Die Ausschreibung betraf Schreinerarbeiten zum neuerrichteten Verwaltungsgebäude des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum. Die Einreichung zu zwei Sitzungszimmern zu liefern, erbot sich die Firma Gebr. Schürmann in Essen für 2751 Mk. bezw. 8288 Mk., während die bekannte Firma Wempe in Mainz hierfür 5780 Mk. bezw. 6645 Mk., die Hannoversche Sperholzindustrie sogar 6040 Mk. bezw. 7280 Mk. forderte. Das bedeutet eine Differenz von 4042 Mk. zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Angebot. Die Firma Gebr. Schürmann hat den Zuschlag auf einen der Räume erhalten, während der andere an Hofe u. Co. in Dortmund übertrugen wurde. Da Gebr. Sch. angeblich keine eigenen Werkstätten haben, wird nun das Preisbrücken ihrerseits bei einer Reihe von Tischlermeistern losgehen. Nicht minder ist der Preisunterschied bei einigen anderen Räumen. Beim Direktorzimmer forderte Sasse u. Co. in Dedlinghausen 4150 Mk., beim Vorstandszimmer die Hannoversche Sperholzindustrie 2843 Mk., während bei beiden Objekten der Obermeister Sterne mann der Bochumer Tischlereiinnung mit 1975 Mk. bezw. 888,50 Mk. der Billigste blieb. Beim letzten Objekt beträgt also die Mindestforderung nur gut ein Drittel des Höchstpreises. Diese ungeheueren Preisunterschiede lassen sich unmöglich allein aus einer technisch besseren Betriebsrichtung herausholen. Da wird natürlich wieder das Preisbrücken und Schinden bei den Arbeitern losgehen, um nur einigermaßen auf seine Rechnung zu kommen. Wir können nicht wohl glauben, was „Das Tischlergewerk“ vermutet, daß die Submittenden gleich einige tausend Mark für die Ehre, an diesem Bau mitzuarbeiten, einakkuert haben. Jedenfalls ist es kennzeichnend, wenn ein Innungsmeister auf diese Art mithilfe, das „Handwerk zu heben“.

Die Zahlstelle Bremerhaven hat im letzten Jahre die bisherigen Zahlstellen Wulsdorf und Sellstedt in sich aufgenommen und dadurch ihr Arbeitsgebiet wesentlich erweitert. Dadurch und durch Neuaufnahmen ist der Mitgliederbestand von 922 auf 1056 erhöht. Die Fortschritte der Organisation wurden leider durch den geringen Beschäftigungsgrad in dem hier vorherrschenden Schiffbau gehemmt. Selbst die Hausagitation bei etwa 130 Unorganisierten brachte für den Augenblick nur vier Aufnahmen. Im November 1909 wurde eine örtliche Statistik über die Organisations- und die Lohnverhältnisse in den einzelnen Betrieben vorgenommen. Von 354 Erfassten

gehörten unserem Verbande 888, anderen Gewerkschaften 147 an, während 849 Arbeiter nicht organisiert waren. Die meisten Stundenlöhne bewegen sich zwischen 45 und 60 Pf. Durchschnittsberechnungen sind im Jahresbericht leider nur für die einzelnen Branchen innerhalb des einzelnen Betriebes, nicht aber durch den ganzen Ort vorgenommen.

Die Bahnhofs-Milch den schlecht laut ihrem Jahresbericht mit einem Lokalbörger von 119 412 M. ab. Die Lokalkasse hatte im letzten Jahre eine Ausgabe von 61 400 M., wovon allerdings allein 20 000 M. auf lokale Unterstellungen entfallen. Die Hauptkasse erzielte einen Umsatz von 88 828 M. Hier von erforderte die zentrale Arbeitslosenunterstützung allein 23 880 M. Um den vielen infolge der langanhaltenden Krisenwirkungen ausgehungerten Kollegen entgegenzukommen, beschloß die Bahnhofs-Kasse die Hauptkassensache auch für die achte Arbeitslosenwoche aus örtlichen Mitteln zu zahlen. Hierfür wurden für 172 Kollegen 1508 M. aufgewandt. Von 1186 trant gemeldeten Mitgliedern waren 280 oder 22 Proz. Unfallverletzte. Der Arbeitsnachweis der Bahnhofs, der neben dem städtischen Arbeitsamt besteht, vermittelte insgesamt in 1670 Fällen Arbeitsmöglichkeiten, von denen sich 184 außerhalb befanden. Eine größere Differenz mit den Arbeitgeberern verursachte die Maßnahme, die auf Anordnung der Berliner Arbeitgeberzentrale zur Aussperrung führte. Der Schiedspruch des Gewerbegerichts erklärte jedoch die Aussperrung als tarifswidrig. Die Mitgliederzahl ist auf 4145 gestiegen. Dem Jahresbericht der Bahnhofs ist auch der Bericht des Gewerkschaftsverbandes angehängt.

**Gewerkschaftliches.**

**Mohrenwälder.**

In der Nr. 5 des „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ gibt Herr A. Stegerwald den Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1909. Einem ziemlich großen Raum in diesem Bericht wird der Verteidigung der im Reichstag sitzenden christlichen Gewerkschaftssekretäre gewidmet, welchen das Zustandekommen der vorjährigen Finanzreform zu danken ist. Stegerwald gibt zu, daß die Steuergesetze, an deren Zustandekommen jene christlichen Gewerkschaftssekretäre mitgewirkt haben, „unpopulär“ waren, aber er betont, daß die Abstimmung ihrer Sekretäre die christlichen Gewerkschaften nichts anginge und daß diese hierfür auch nicht verantwortlich gemacht werden können. Die christlichen Gewerkschaften haben doch seit ihrem Bestehen bei allen sich bietenden Anlässen auf ihren politisch unparteiischen Charakter verwiesen.

Dies ist ganz richtig; die christlichen Gewerkschaften werden nicht müde, auf ihren unparteiischen Charakter zu verweisen, aber in ihrem Handeln nehmen sie stets sorgfältig Rücksicht auf die Interessen und Wünsche des politischen Zentrums. Und wenn, wie das in der Frage der Finanzreform der Fall war, die Wünsche des Zentrums mit den Interessen der Arbeiter kollidieren, da fallen die christlichen Gewerkschaftsmänner mit unfehlbarer Sicherheit auf die Seite des Zentrums und verraten die Interessen der Arbeiter. Herr Adam Stegerwald hat ein recht kurzes Gedächtnis. In seinem neuesten Bericht klagt er darüber, daß die Gegner es nicht gelien lassen, „daß in hochpolitischen Fragen politisch neutrale Organisationen ihren Mitgliedern Direktiven nicht zu erteilen haben.“ Das soll eine Entschuldigung für die christlichen Gewerkschaftssekretäre sein, die im Reichstag für die die Arbeiter schädigenden Steuergesetze gestimmt haben. Vor einem Jahre dachte er darüber noch anders, da schrieb er in seinem Jahresbericht: „Von den aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik mehr verlangt werden als von der Partei, der er angehört, insgesamt gefordert werden kann. . . Lieber keine christlichen Abgeordneten, als solche, die von Fraktionswegen zu Handlungen gedrängt werden, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Position im Lande anstatt erleichtert, weiter erschwert.“

Um der Festnagelung auf diesen Widerspruch vorzubeugen, betont Stegerwald, „daß die Steuergesetzgebung im Jahre 1909 durch die mit ihr verwickelten Begleitumstände viel mehr als allgemeinpolitische, wie als wirtschafts- und sozialpolitische Frage in Erscheinung trat“ und daß dies heute in den bürgerlichen Parteien allgemein anerkannt werde. Das ist faules Gerede; das bürgerliche Parteitagelager, in welchem diese Auffassung geteilt wird, dürfte wohl kaum über den Kreis der den christlichen Gewerkschaften angehörenden Zentrumsabgeordneten hinausreichen. Und selbst innerhalb dieses Kreises herrscht über diese Frage keineswegs Uebereinstimmung. Die dem Abgeordneten Schiffer nahestehende christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ äußerte sich zu dem in Frage stehenden Gegenstand in ihrer Nr. 29 vom 17. Juli 1909 folgendermaßen:

„In den gesetzgebenden Körperschaften werden allerdings auch wirtschaftspolitische Fragen entschieden, welche das lebhafteste Interesse der großen Arbeitermassen beanspruchen; hierzu gehören die Steuerfragen. Es kann der Arbeiterschaft keineswegs gleichgültig sein, welche Bahnen die Steuerpolitik im Reich, Staat und Gemeinde wandelt.“

Wir stimmen hierin Herrn Schiffer durchaus bei, dessen Gedankengänge zum mindesten klarer sind, als die spitzfindigen Unterscheidungen seines Freundes Stegerwald.

Es ist auch vergebliches Bemühen, durch die Erklärung der Steuergesetzgebung zu einer allgemeinpolitischen Begründung zu wollen, daß die „parteilospolitisch neutralen“ christlichen Gewerkschaften sich um die Haltung ihrer Führer in dieser Frage nicht zu kümmern hätten. Die

christlichen Gewerkschaftsführer sind ja sonst nicht so zimperlich, wenn es gilt, die Politik in ihre Organisationen zu tragen. Darauf, daß die „allgemeinpolitische“ Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie ein wichtiger Programmpunkt der christlichen Gewerkschaften ist, wollen wir nicht näher eingehen, aber es ist nicht uninteressant zu konstatieren, daß selbst der Neutralkitätsfanatiker Stegerwald es sich nicht verlagern kann, ausgesprochene Zentrumspolitik in die christlichen Gewerkschaften zu tragen. Dafür, daß es eine christliche Gewerkschaftsversammlung war, in welcher Stegerwald in Wachen im Herbst vorigen Jahres seine Ansicht über die Reichsfinanzreform zum besten gab, könnte man zur Not noch die Entschuldigung gelten lassen, daß er es für erforderlich hielt, nachzuweisen, daß diese Angelegenheit die christlichen Gewerkschaften eigentlich nichts anginge. Aber wie steht es denn mit der vom christlichen Steinarbeiterverband anfangs Januar 1910 nach Frielingsdorf bei Köln einberufenen Versammlung, in welcher der anwesende Pfarrer die Wahl des Zentrumskandidaten empfahl, und Herr Stegerwald in seinem Schlusswort warm für die Kandidatur Marx eintrat? Ist die Wahl eines ultramontanen Landgerichtsrates eine sozialpolitische Frage, die in den christlichen Gewerkschaften erörtert werden darf, ohne die parteipolitische Neutralkität zu verletzen?

Geradezu lässlich ist der folgende Satz, mit welchem Stegerwald den Arbeitererrat der christlichen Gewerkschaftssekretäre im Reichstag beschönigen will:

„Aber auch darüber sind Meinungsverschiedenheiten kaum möglich, daß diese Kollegen (die christlichen Arbeiterabgeordneten), trotz besten Willens, häufig nicht werden durchsehen können, was sie selbst und mit ihnen die christlichen Arbeiter wünschen. Ob dann in solchen Fällen ein konstantes Verneinen unsympathischer Gesetze, die zu verhindern nicht in der Macht einzelner Abgeordneter liegt, der Weisheit und Tapperkeit besserer Teil ist, und ob mit solchem Verhalten auf die Dauer den Arbeiterinteressen am besten gedient sein wird, ist eine außerordentlich strittige Frage.“

Das besagt mit anderen Worten, daß die christlichen Abgeordneten wohl das Recht haben, gegen „unsympathische“, d. h. arbeiterfeindliche Gesetze zu reden; wenn sie aber erkennen, daß sie deren Zustandekommen nicht hindern können, dann sollen sie in Gottes Namen für die unsympathischen Gesetze stimmen! Das ist zentrumschristliche Arbeiterpolitik. Es ist schwer zu verstehen, weshalb sich Stegerwald noch Mühe gibt, das Verhalten der christlichen Gewerkschaftssekretäre bei der Finanzreform zu verteidigen, es entspricht doch ganz der von ihm gegebenen Anweisung. Ob allerdings diese christliche Taktik den Interessen der christlichen Arbeiter entspricht, ist eine andere Frage.

Der Maurerverband ist im Begriff, sich ein eigenes Verbandshaus zu errichten, zu welchem dieser Tage der Grundstein gelegt wird. Im Verbandsorgan wird aus diesem Anlaß geschrieben, wie das Anwachsen der Organisation einen häufigen Wechsel der gemieteten Bürouräumlichkeiten für die Hauptverwaltung notwendig machte. Bestimmte Anforderungen, die mit Rücksicht auf den Geschäftsbetrieb an die Lage und die Einrichtung des Verbandsbureaus gestellt werden müssen, machten schließlich die Beschaffung geeigneter Mieträume zu einem angemessenen Preis fast unmöglich. Der Verbandsvorstand kam deshalb zu dem Entschluß, ein eigenes Heim für den Verband zu bauen und der Verbandsrat hat im Jahre 1908 den Plan gutgeheißen. Nunmehr hat der Verbandsvorstand in der Nähe des BerlinerBahnhofs in Hamburg drei Häuser mit dem dazugehörigen Platz für 130 000 M. gekauft. Die alten Häuser sind jetzt abgebrochen und die Ausschachtungsarbeiten sind so weit gediehen, daß die Grundsteinlegung erfolgen kann. Die Maurerarbeiten für den Neubau wird der Verband in eigener Regie ausführen; die übrigen Arbeiten sind Firmen übertragen, die auf die Streiklausel verzichteten und die Innehaltung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen garantieren. Die Kosten des Baues, der neben den für den Verband erforderlichen Bürouräumen und sonstigen Räumlichkeiten auch eine Anzahl Mietwohnungen enthalten wird, werden sich insgesamt auf etwa 200 000 M. belaufen, so daß sich das ganze Objekt auf 330 000 M. stellen dürfte.

Zur Verhütung etwa im Verband vorhandener ängstlicher Gemüter, die fürchten, daß der Hausbau eine Schwächung der Verbandskasse bedeutet, wird darauf hingewiesen, daß der in das Haus gesteckte Wert jederzeit vorhanden ist und durch Aufnahme von Hypotheken, meistens zum größten Teil, wieder in Bargeld umgewandelt werden kann. Das vorhandene Verbandsvermögen wird durch den Hausbau nicht vermindert, sondern nur auf andere Weise zinstragend angelegt. — In ähnlicher Lage wie der Maurerverband befindet sich auch unser Verbandsvorstand mit seinen Bürouräumlichkeiten; es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Frage der Errichtung eines eigenen Verbandshauses auch für den Deutschen Holzarbeiterverband in absehbarer Zeit aktuell wird.

Tarifsbewegung im Schneidergewerbe. Im Schneidergewerbe besteht seit dem Jahre 1907 die Vereinbarung zwischen den Verbänden der Arbeiter und dem Allgemeind. deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, daß bei Lohnänderungen nicht eher ein Kampfmittel angewandt werden darf, ehe die Hauptvorstände einen Schlichtungsversuch unternommen haben. Durch diese Vermittelung der Zentralinstanzen ist es auch jetzt wieder gelungen, eine große Tarifsbewegung in der Maßschneiderei erfolgreich zu beenden. In den Schiedsgerichtsverhandlungen, die vom 22. bis 24. Februar in Frankfurt a. M. ohne sogenannte Unparteiliche vor sich gingen, sind die Arbeitsbedingungen für 30 Orte vereinbart worden, während in weiteren zehn Fällen die Parteien sich schon am Orte geeinigt hatten. Um ein

nachträgliches „Anfeuern“ der einzelnen Gruppen zu verhindern, mußten die örtlichen Parteien vor Eintritt in die Verhandlungen die schriftliche Erklärung abgeben, daß der Schiedspruch der Zentralvorstände für sie verbindlich sein solle. Zwischen den Zentralvorständen ist außerdem in letzter Zeit ein Lohn- und Tarifvertrag vereinbart worden, wonach die Tarifpositionen in ihrer Reihenfolge und Benennung gleich sind, um so zu einheitlichen Verhältnissen zu gelangen.

Der Transportarbeiterverband hat eine bemerkenswerte Erweiterung seiner Unterstützungseinrichtungen eintreten lassen. In der Nr. 11 des „Courier“ wird das Statut für die am 1. April dieses Jahres in Kraft tretenden fakultativen Unterstützungseinrichtungen veröffentlicht. Danach steht es den Verbandsmitgliedern frei, von einer oder mehreren der nachbezeichneten Unterstützungseinrichtungen Gebrauch zu machen: 1. Rechtschutz und Haftpflichtunterstützung, 2. Invaliden- resp. Pension-Zuschußunterstützung, 3. Witwen- und Waisenunterstützung, 4. Zuschußunterstützung bei Todesfällen. Das Beitrittsgeld beträgt für die unter 1-3 genannten Unterstützungseinrichtungen je 1 M.; der wöchentliche Beitrag für die Rechtschutzklasse 50 Pf., für die Invaliden- und die Witwen- und Waisenklasse je 25 Pf.

Die Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung ist hauptsächlich für die Autofahrer gedacht, denen über den von Verband gewährten Rechtsbestand hinaus voller Ersatz der Prozesskosten sowie des Schadenersches und der Bußen gewährt wird, zu welchen sie eventuell verurteilt werden. Die Invalidenunterstützung beträgt noch 200 Beitragswochen 4,50 M. pro Woche oder 284 M. pro Jahr und steigt stufenweise bis 10,50 M. pro Woche oder 546 M. pro Jahr nach 1800 gezahlten Beitragswochen. In der gleichen Weise steigt die Witwenunterstützung von 8 M. wöchentlich oder 168 M. pro Jahr auf 7 M. pro Woche bzw. 364 M. pro Jahr. An Waisenunterstützung wird bei einem Kinde 80 Proz. der Witwenunterstützung gewährt, für jedes weitere Kind 10 Proz. mehr bis zum Höchstbeitrage von 70 Proz. Für den Zuschuß bei Todesfällen wird ein besonderer Beitrag nicht erhoben. Den Hinterbliebenen eines Mitglieds der Rechtschutzklasse oder eines Mitgliedes, das zugleich der Invaliden- und der Waisenklasse angehört, wird nach 104 Wochenbeiträgen ein Sterbegeld von 200 M. gewährt, welches nach 1800 Wochen auf 800 M. steigt. Für Mitglieder, die nur einer der beiden letztgenannten Klassen angehört, beträgt die Unterstützung die Hälfte der genannten Sätze. Beim Ableben der Ehefrau werden die Hälfte der Beiträge gezahlt, die beim Ableben des Mitgliedes fällig gewesen wären. Schließlich sind auch noch Unterstützungen beim Ableben von Kindern vorgesehen. Alle genannten Sätze beziehen sich auf männliche Mitglieder; weibliche Mitglieder zahlen überall die Hälfte und ebenso wird ihnen nur überall die Hälfte der genannten Unterstützungen gewährt.

Der Schritt, den der Transportarbeiterverband mit diesen fakultativen Kassenrichtungen unternimmt, verdient Beachtung; es bleibt allerdings zunächst abzuwarten, welche Erfahrungen er mit diesem Versuch macht.

**Eingefandt.**

**Zentralkommission der Stahlarbeiter.**

Bei der in der Mitgliederversammlung erfolgten Wahl zur Zentralkommission wurden die Kollegen M. Wustlich, A. Lindner, M. Pascha, M. Merkel und A. Gierich gewählt. Alle Zuschriften und Anfragen sind an den Unterzeichneten zu richten.  
M. Wustlich, Rabenau, Dresdener Straße 461.

**Zentralkommission der Württen- und Binselmacher.**

Zu dem Jahresbericht der Zentralkommission machten die Kollegen Schmälbach-Berlin und Micharz-Quadenbrück in Nr. 10 der „Holzarbeiter-Ztg.“ Ausführungen, auf welche ich doch „einiges bemerken möchte. Der Kollege Schmälbach sagt, die Kommission hätte es versäumt, mit den Sektionen in ständiger Fühlung zu stehen. Er weiß dies aus eigener Erfahrung; er habe verschiedene Zusendungen gemacht und teils keine, teils eine solche Antwort erhalten, daß er nachdem gerade so schlau war wie zuvor.

Auf Zuschriften habe ich, wo es nötig war, stets Antwort gegeben. In einem Falle, dessen ich mich entsinne, hat Kollege Schmälbach geschrieben, die Kommission möge mehr Berichte über die auswärtsigen Württen- und Binselmacherbewegung bringen. Darauf habe ich allerdings geantwortet, daß wir vorerst im Inlande noch so viel zu tun haben, unsere Kollegen aufzuklären, daß wir die ausländische Arbeit wohl noch zurückstellen können.

Weiter betont Schmälbach, daß das 25jährige Bestehen der Württenmacherorganisation ein Anlaß hätte sein sollen, eine intensive Agitation zu entfalten. Wenn nun die Kommission das „Jubiläum“ nicht mit Positiven- und Familienfesten, begleitet und gefeiert hat und nicht im Sinne des Kollegen Schmälbach gearbeitet wurde, so gebe ich das zu. Ich war auch schon manchmal mit den Arbeitern der Kollegen nicht zufrieden. In diesem Sinne betenne ich mich als reuiger Sünder und tue Buße in Sad und Asche. Ueber meine Bemerkung, die Kommission aufzuheben, spricht sich Schmälbach dahin aus, daß die Berliner Kollegen nicht auf diesem Standpunkt stehen, sondern verlangen, daß eine Kommission, welche ohne Lust und Liebe arbeitet, berlegt und nicht aufgehoben werde. Gegen eine Verlegung haben wir nichts einzuwenden; wir in Nürnberg können auch, ohne daß der Sitz der Kommission hier ist, in unseren Organisationsbestrebungen weiter arbeiten. Wenn die Berliner Kollegen dem Vorstand schon im vorigen Jahre einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreiteten, so mögen sie es heuer wieder versuchen, vielleicht mit mehr Erfolg.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, den mit ch gezeichneten Artikel in Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu erwähnen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Württenindustrie behandelt. Aus dem Artikel geht Klipp und klar hervor, daß es den Berliner Kollegen gelungen ist, von 240 Beschäftigten im Jahre 1905 im Holzarbeiterverband und anderen Organisationen 67 Kollegen zu organisieren, während 1909 ein

Fortschritt in der Weise vorhanden war, daß die Mitgliederzahl auf 60 sich verminderte. Daß der Kollege Schmalbach dies nicht auch noch uns zum Vorwurf machte, muß ich lobend anerkennen.

Der Kollege Richard hätte ja erwartet, daß im Laufe der Jahre ein möglichst genauer Bericht über alle Sparten innerhalb unseres Berufes in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegeben werden würde, damit ein klares Bild gewonnen werden könne.

Zum Schluß möchte ich nur noch die Bemerkung des Kollegen Schmalbach zurückweisen, der sagt: „Wir brauchen keine Zentralkommission, welche alles grau in grau malt, statt die Kollegen anzuseuern.“

R. S u l z e r - M ü n c h e n .

Ein Wort zu der Branchenkonzferenz der Vergolder.

Die Anregung zu einer solchen Konferenz ging von der Sektion Burg aus und die Neulirner Kollegen stimmten dem Vorschlag freudig zu. Welche hatten aber keinen Fingerzeig gegeben, was die Konferenz bezwecken soll, bis jetzt endlich von Stendal aus eine Tagesordnung für die Branchenkonzferenz vorgeschlagen wird.

In dem Stendaler Eingangsband wird gesagt, daß die Vergolder mit großen Hoffnungen in den Holzarbeiterverband eingetreten sind und nun nicht auf ihre Rechnung kommen. Es wird nun so getan, als ob ihnen der Vergolderverband mehr genützt hätte.

größte Schuld, daß uns das nicht gelingt? Die Kollegen meist selbst. Dort, wo die Organisationsverhältnisse gute sind, sind auch in den kleinen Wüden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen befriedigend gestaltet.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

„In Freien Stunden“. Von dieser Zeitschrift ist jedoch der zweite Band des 18. Jahrganges erschienen, der allen Arbeiterbibliotheken zur Anschaffung empfohlen werden kann.

haltig. Als Hauptroman ist Stefan vom Grillenhof von Minna Kautsky abgedruckt. Außerdem sind die Novelle Es lebe die Gerechtigkeit von Theodor Mügge, die Sitze Eine Stunde im Leuchtturm von Moritz Hartmann sowie viele kleine Episoden und kurze Aufsätze populärwissenschaftlicher Natur veröffentlicht.

Der Preis ist in Leinen gebunden 3,50 Mk., halbfrau 4 Mk. Alle Buchhandlungen, Spekteure und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Arbeitersekretariat Halle, Jährlicher Jahresbericht nebst dem Bericht des Gewerkschaftskartells sowie einer Abhandlung über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes, Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Briefkasten.

München, M. M. Die Zuschrift kann, weil der Zahlstellenstempel fehlt, nicht aufgenommen werden.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 8 in Hamburg). Der Vorstand beruft die nächste 21. Generalversammlung ein auf Dienstag, den 19. Juli, und folgende Tage, nach Neustadt a. d. Haardt (Pfalz).

- Tagesordnung: 1. Bericht der Mandatprüfungskommission. 2. Berichte: a) des Ausschusses, b) des Vorstandes, c) des Hauptkassierers, d) des Schiedsgerichts, e) der Rassenprüfungskommission. 3. Statutenänderung. 4. Wahl einer Haushaltungskommission. 5. Bericht und Beschlußfassung über eingegangene Beschwerden. 6. Wahlen: a) des Sines und der Mitglieder sowie der Ersatzmänner für den Ausschuß, b) der Vorstandsmitglieder und deren Ersatzmänner, c) der Hauptkassenrevisoren und deren Ersatzmänner, d) des Schiedsgerichts und Ersatzmänner für dasselbe. 7. Erledigung sonstiger Rassenangelegenheiten.

Im Anschluß an obige Generalversammlung findet die Vertreterversammlung der „Sterbefälle für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter“ statt.

- Tagesordnung: 1. Vorstands- und Rassenbericht. 2. Rassenprüfungsbericht. 3. Satzungsänderungen. 4. Wahl des Vorstandes und dessen Ersatzmänner. 5. Wahl von 2 Revisoren. Der Vorstand, J. U.: G. Blume.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1910.

Table with columns for 'Orte', 'Arbeitslose Mitglieder am Orte', and 'Unterstützung haben erhalten'. It lists various locations like Danzig, Stettin, Breslau, etc., and provides data for the month of February 1910.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet sind: Czerz, Marienwerder, — Brunsdaupt, — Sahnig, — Glog, Gletwig, Dypeln, — Grossen, Firtzenberg, Kallberge, Oderberg, Schwedt, Fehdenic, — Mähberg, — Elfenach, Schwene, Raßla, Oberneubrunn, Schleusingen, Kripitz, — Gellstedt, — Aperrade, Bredstedt, Burgdamn, Eutin, Lünning, — Witten, — Bensheim, Diebenhofen, Meß, Michelfstadt, Oberstein, Worms, — Geroldsgrün, Schoploch, Wilhermsdorf, — Deggen-dorf, — Friedrichshafen, Holzgerlingen, Markkirch, Neuenbürg, Reichenbach.

Table showing the number of unemployed workers per 100 employed workers in various months from 1905 to 1910. Columns include years and corresponding unemployment rates.

# Verfamlungs-Anzeiger.

**Frankfurt a. M., Samstag, den 28. März,**  
abends 8 1/2 Uhr, Sektions-Verammlung der Wagner  
im Herberichshaus, Kleiner Saal A.  
Wpplungen. Die Mitglieder, Veramlungen  
haben jeden zweiten Samstag im Monat statt.  
Reiseunterkunft abt Rofene Wegbach im Verkehrs-  
Hotel und Herberge zum „Nollen Kutschen“, Nordsee-  
Stralstra8e 1.

**Basel.** Alle ausreisenden Kollegen mtffen sich auf  
unsereit Arbeitsnachweis im Roten Dfsten, 1. Stad.,  
einreichren lassen. Das Umshauen ist verboten.  
Schweizerischer Holzarbeiter-Verband.  
Seillon Basel.

**Sagen, Meft.** Die Gerberge und das Verkehrs-  
Hotel befinden sich von jetzt ab beim Wirt Heinz.  
Wende, Frankfurter Hof, Kdnnerstr. 4, direkt beim  
Hauptbahnhof.

**Albed.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Fabrik-  
stelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Gieft-  
macher, Mrtfenmacher und Korbmacher befindet sich  
Bebelstrafe 8. Die Kollegen werden ersucht, diesen  
Arbeitsnachweis zu benutzen. Umshauen ist streng  
verboten. Die Reiseunterkunft wird nur im Nach-  
weisedureau ausbezahlt.

**Fritz Selpke,** Tischler, geb. 20. 7. 87 zu Gelle,  
wird beschuldigt, in Wolgen-  
burg Marktmarken aus einem ihm nicht gehrenden  
Mittelsbuch entwenden zu haben. Wegen S. ist das  
Mittelsbuchverfahren eingeleitet; er ist von Wolgenburg  
abgereist und wird hiermit zur Rechtfertigung auf-  
gefordert. Der Verbandsvorstand.

**Alexander Held,** Tischler, geb. 29. Mai 1879  
zu Berlin, wird von seiner  
Wutter gesucht. Wer seinen Aufenthaltsort kennt, oder  
sonst etwas von ihm weft, wird recht dringend gebeten,  
der Wutter und franten Mutter von ihren einmigen  
Sohne Nachricht zu geben. Auslagen werden verg-  
telt. Witwe Held bei Frau Wutter, Gernsdorf bei  
Berlin, Teobaldstr. 42.

**Gotthard Bfirger** wird von der Fabrikstelle  
Aufftein des Osterreich.  
Holzarbeiterverbandes gesucht. Kollegen, die seinen  
Aufenthaltsort wissen, werden gebeten, die Adresse zu  
fenden an „Gasthaus zur Grfsten“, Aufftein, Tirol.

**Otto Zimmermann,** Tischler, Buchn. 97942,  
**Heinrich Klem,** Tischler, Buchnummer 271782,  
entflehenden Bfcher sofort zurfckzufenden. Die  
Kollegen werden um deren Adressen gebeten. Peter  
Knopf, Lüneburg, Weideindstr. 7.

## Etuischreiner

als **Vorarbeiter,** mfglichst auf Silbertafeln  
und Glasaufzge eingerichtet, solider, fleifiger  
und sauberer Arbeiter, militrfrei, ffr kleinen,  
flotten Betrieb dauernd nach auswfirts ge-  
sucht. Reise wird vergtelt. Offerten unter  
Chiffre **E. G. 197** an die Exped. d. Blattes.

8 tchtige, erfahrene Mbelstischer, die  
flott nach Zeichnung beste Salon-Mbel  
arbeiten knnen, in dauernde Stellung bei  
hohem Lohn und Afford gesucht. Verheirateten  
werden Umzugskosten nach Vereinbarung verg-  
telt. Offerten an die Lüneburger Mbel-  
fabrik, Wilhelm Grdthner, Lüneburg.

Suchen fr unsere

## Bantischlerei

in Spremberg einen tchtigen, energischen  
**Werkmeister,**

welcher mit Afordarbeiten Bescheid weift.  
Gleichzeitig wird ein tchtiger Zureicher  
fr daselbst gesucht. Beide Posten per sofort.  
Zeugnisabschriften und Gehaltsansprfche sind  
anzureichen an Josef Riefer Masf., Char-  
lottenburg, Holzendorffstr. 14.

2 tchtige Mbelstischer bei hohem Lohn  
verlangt sofort Hermann Pache, Mbel-  
tischlerei, Spandau, Schfnwalderstr. 25.

Einem tchtigen, sauberen Mbel-  
tischer, fr furnierte und imitierte Arbeit,  
der auch gut polieren kann, sucht sofort  
Erich Bohge, Barnth (Wart).

Tchtiger Stuhlmacher auf geschweifte  
Arbeit knnen sofort eintreten.  
Bock & Pficher, Fabrik feiner Schembel.  
Marbach a. N. bei Stuttgart.

Tchtiger Drechsler  
auf polierte Mbelarbeit findet dauernde  
Stellung bei  
Franz Henning, Mechanische Drechslerlei,  
Briilon (Westf.).

2 Holzdrechsler fr Werkzeughefte sofort  
gesucht. Ludwig Ohage, Remscheid-Hafen.

Wir suchen mfglichst per sofort ein tchtigen  
Holz- und Horn-drechsler  
fr dauernde Beschftigung.

Menke & Falkenstein, G. m. b. H., Iserlohn.

Wegen Vernderung meines jetzigen Ge-  
hfthen, welcher drei Jahre bei mir arbeitet,  
suche ich fr bald oder auch spfter einen  
jtngerem Drechsler, selbigen wird Ge-  
legenheit geboten, sich in der Schnitzerei  
auszubilden. Zu Oflern oder Michaels  
einen Lehrling.  
Abolf Licht, Drechslerlei und Bildhauerlei,  
Suderburg in Hannover.

Tchtiger Korbmacher auf Geschlagenes  
sofort bei hohem Lohn gesucht.  
Wilh. Sckter, Darmen, Schuchardstr. 16.

## Korbmacher!

Zum baldigen Eintritt wird ein tchtiger,  
energischer Werkmeister gesucht. Derselbe  
muft in Wandub- und Hngoarbeiten, speziell  
aber in der modernen Rohrmfbelproduktion  
erfahren sein. Offerten mit Gehaltsangabe  
unter **N. O. 201** an die Holzarb.-Ztg. erb.

2 Korbmacher auf Feddigmfbel stellt  
sofort auf dauernd ein  
J. Walterkoid, Wittensberge, Bez. Potsdam.

## Mehrere Korbmacher,

tchtige Gestellarbeiter auf Feddigmf-  
mfbel werden sofort eingestellt.  
J. Scholz & Co.,  
Dffeldorf, Klosterstr. 88a.

## Korbmacher

Einige tchtige Arbeiter auf weift Ge-  
schlagenes knnen noch angestellt werden.  
R. Wengler,  
Kopenhagen, Korsgade 16.

Zwei tchtige Korbmacher auf Hohlbrbde,  
gut eingeschulte Arbeiter, knnen eintreten.  
C. Schlofttein, Heilsbrunn.

Zwei Korbmacher-Gehlfen auf grn  
Geschlagenes nimmt sofort an  
Wettnacht, Korbmachermeister  
Dfirdorf-Trach bei Dlegitz.

Zwei tchtige Korbmacher auf Strand-  
brbde stellt sofort ein  
Gottfried Wolke, Bergen auf Rügen.

Gesucht junger tchtiger  
Bfistenmacher  
auf Einzlehen und Bechen.  
Mag Schlfter, Elmshorn, Holstein.

## Bfistenmacher

zum Einzlehen, Bechen und Mischen, sucht  
Ernst Wagner, Halberstadt a. Harz.

Tchtiger **DoUBLierer,** der das DUBLieren  
auf den neuesten Maschinen gut versteht,  
findet dauernde Beschftigung.  
Ferner tchtigen **Schneider** gesucht.  
Kammfabrik, Ettingen b. Basel, Schweiz.

Solide, fleifige Hand-Mundsneider,  
Zurichter und Sortierer, welche lngere  
Zeit in besseren Weinorten gearbeitet, bei  
hohem Lohn fr dauernd von grferer Korf-  
fabrik gesucht.  
Eriertische Korf-Industrie, Erier, Rheinl.

Schreinerlei mit guter Kundschaft in Duis-  
burg a. Rh. 5 Jahre bestehend, billig zu ver-  
laufen. Erforderlich 500 Mk. Offerten unter  
N. O. 21, postlagernd Duisburg.

Ungehende Drechslerlei mit Motor-  
betrieb und vorhandene Kundschaft, passend  
fr Anfnger, zu verkaufen. Offerten unter  
N. O. 199, befördert die Exped. d. Blattes.

Kleine Spezialfabrik mit Maschinenbetrieb  
der Mbelbranche, 30 Jahre am Plage, in  
einer Provinz- und Garnisonstadt von 15 bis  
18 000 Einw., wegen Strnklichkeit d. Inhabers  
haldigt zu verkaufen od. zu verpachten. Zur  
Nebernahme sind 8000 Mk. erforderlich. Offert.  
erb. unter N. O. 200 an die Exped. d. Ztg.

**Abziehfteine,** Deutsches Reichs-Patent  
Nr. 168433, unerreicht in  
Hrte werden nie stumpf. Fr Öl und Wasser. Bis  
zum letzten Broden zu verwenden. Grfde der Steine:  
50x20 mm Preis 4 Mk. und 45x15 mm Preis  
2,50 Mk. Patentierere Schleiftrder in jed. Grfde u. Hrte  
vorkttig. Versand geg. Nachn. Wiedervertufer gesucht.  
H. Otto in Schwarzenbeck, Bez. Hamburg.

Mehrere gebrauchte gut erhaltene  
**Holzbearbeitungs-Maschinen,**  
darunter einige Holz-Drehbänke und eine  
Stemmaschine fr Stellmacher (noch wie  
neu und bedeutend unter Preis) sowie einige  
Gas- und Elektromotoren verkaufen haldigt  
Martin Wolbenhauer u. Sohn, Dresden 19.

## Mein lieber Freund



Wenn Du jemals Amerik.,  
Engl., Deutsche Werkzeuge  
oder Abziehfteine brauchst,  
verlange vorher gratis  
Liste die jetzt neue Preis-  
liste von Otto Bergmann,  
Berlin SO. 38, Oppelner-  
str. 81. Du wirst staunen, wie  
gut und billig Du da kaufst.

Wir empfehlen zur Anschaffung:  
Rund meifsem Sefen. Von August Bebel.  
Efter Teil, Preis gebunden 2 Mk.  
Die Frau und der Sozialismus. Von  
August Bebel. 61. Auflage. Preis gebunden  
8 Mk.  
Bestellungen sind zu richten an die  
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-  
verbandes (G. m. b. H.)  
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Hiesiger Patent Nr. 201822  
Diese Feinsäge fr Linde u. Nussbaugebrauch zu kaufen  
ist ein Vorteil. Durch alle einzf. Geschfte zu besch.  
Sagen u. Werkzeugfabrik Hiesiger, Murnberg.

Das beste Handwerkerliebhaber-  
„Wanderlust“.  
Enthlt 214 aller und neuer Freiheits-, Wander-,  
Handwerker- und Aunenlieber Preis 50 Bl. Bei  
grferen Abnahmen billiger zu beziehen von Otto  
Raufmann, Berlin W. 85, Bismarckstr. 811.

Quittungs-Marken und  
Kautschuk - Stempel  
Liefert seit 80 Jahren  
Jean Holze & Co.  
Hamburg, Besendlinhof 70.

**Schreiner**  
**Werkzeuge:** Putzhobel, feine Rfckensagen,  
amer. Schraubenzieher sowie  
viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko.  
HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus,  
Hagen i. W.

**Reform - Putzhobel**  
„Matador“  
gefeglich geschlgt, bertrifft unstrittbar alle  
bisher existierenden Gughobel. Verlangen  
Sie unseren reichhaltigen Katalog ber  
Werkzeuge gratis und franco.  
Gebr. Genuit, Cassel 12.

**Ersatz des Fach-  
schulbesuches**  
Selbstunterrichtswerke System  
Karnaek-Hachfeld: Zimmer-  
meister, Holzbildhauer,  
Kunst- u. Mbelstischer,  
Bautischler. Anerkennungs-  
schreiben und Ansichtsendungen  
bereitwilligt ohne Kaufzwang.  
Bonness & Hachfeld, Potsdam W. 10

**Der praktische Tischler**  
von Hermann Waide  
Vollstndig umgearbeitet und stark vermehrt von E. Augst  
Elegant gebunden . . . 20 Mark 15 Mk.  
Ffr Inhaber alterer Auflagen nur 15 Mk.  
gegen bequeme monatliche Teilzahlung  
E. H. J. Reizner, Leipzig, Salomon-Strafze 10  
(Siehe die ausfhrliche Besprechung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 16/1909)

**Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23**  
zwei deutsche Reichspatente  
Nach meinem durch  
verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spiritflichem Polierpulver  
(Lackstoffpulver) gefllt. Dadurch wird erreicht:  
:: : eine sofortige Porenfllung :: :  
man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**  
**erzielt :::** edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare,  
durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der Flam-  
migen Maserung, volle Schfnheit des Holzes,  
Gelausschitzen, Rissigkeiten der Politurdecke, weisse  
Flecke, sowie Einschlagen der Politur.  
**vermeidet**  
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unver-  
falschte Schellack-Politur verwendet.  
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren  
spiritfliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem  
Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.  
**Ich versende zum Versuch ein Korbchen enthaltend**  
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren  
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren  
1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren  
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.  
1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)  
1 „ Schleif- und Polierl, gelblich  
1 Dose Porenfllpulver, feinste Marke „Horn“  
1 „ Porenfllpulver, gemischte Qualitt „Marmor-Mono“  
1 „ Binstein-Polierpulver, hellbraun  
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstecken  
1 Stck Korkschleifblock, 120x75x30 mm  
zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.  
Ich bernehme jede Garantie fr die Gfite der Ware und fr ein gutes Resultat.  
Bei Bestellungen genfgt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren a 8 Mark.  
**Mein Lehrbuch** ber das Beizen, Marmorieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des  
Holzes enthlt in wertiger Werkstattpraxe Sachwissenschaft-  
liche Anleitungen ber alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine knstlerisch aus-  
gefhrte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis ber 160 Artikel. Empfohlen und  
glnzend beurteilt von Prof. Dr. Meilman-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecak-Brnna, Prof.  
Ch. Hern. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-Mnchen,  
Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Grz, Direktor  
J. Gossmann, Mnchen. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurfckvergttet.  
**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift fr die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn.  
Interessant, unterhaltend, lehrreich fr alle Manner der Werk-  
statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete  
der Holzindustrie in volkstmlicher Form. Abonnement: Jhrlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesell. m. b. H. in Berlin.  
Zrud: Bonwrtts Buchdruckerei und Verlagshaus, Berlin SW. 38.

Das bisher dem Zimmermeister Friedrich Hermann Spindler zu Arschheim  
gehrgige, 4 km von Zeitz, unmittelbar am Bahnhof Grotzschen, Station der Zeitz-  
Samburger Bahn, belegene Besitztum, bestehend aus  
**Wohnhaus mit Schneidemhle,**  
in einer Gesamtgrfde von 14 000 qm, wovon ein Teil zu Banstellen abgetrennt  
werden kann, passend fr Zimmermeister, Maurermeister oder Holzbearbeitungs-  
fabriken, bin ich beauftragt, zu verkaufen.  
Die Grundflche sind in gutem baulichen Zustande, im Jahre 1908 erbaut.  
Gerichtlicher Tagwert inklusive der Maschinen usw. 61 785,50 Mk. Mitverkauft werden  
1 zwei- und fnfsgahrfarbige Woffche Lokomobile, Wollgattersege,  
Besanmetreisfge, Hobelmaschine, Pendelsege, Sggeschrfmaschine,  
Rat-, Schand- und Fugemaschine usw.  
Der Verkauf findet weit unter der Lage bei 10 000 Mk. Auszahlung statt.  
Reflektanden wollen sich mit mir in Verbindung setzen.  
H. Hederer, Rechtsgefcht und Hypothekenermittlungsbureau.  
Zeitz, Rennmarkt 10 H.